

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1949

137 (24.11.1949)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

Lesen Sie heute:

Sparsamkeit	S. 2
Schumachers „Donnerwetter“	S. 2
Dem kostenlosen Brot entgegen	S. 3
Der kleine Parteitag der süd-badischen SPD	S. 4

4. Jahr Nr. 137 / 20 Pfg.

Für Frieden, nationale Einheit und Unabhängigkeit

Donnerstag, 24. November 1949

Protest-Streiks gegen Adenauer-Kurs

Arbeiter der Stahlwerke im Ruhrgebiet legen aus Protest gegen den geplanten Ausverkauf der deutschen Industrie die Arbeit nieder

Düsseldorf. Die Empörung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben der Stahlindustrie gegen den Adenauer-Pferdmenges-Plan, die deutschen Industrie-Werke dem ausländischen Finanzkapital auszuliefern, hat im Ruhrgebiet bereits zu Proteststreiks geführt. Am Montag streikten im Industrie-Gebiet 1300 Arbeiter und Angestellte der Stahl- und Röhrenwerke A.-G., 800 Mann der Oberbilker-Stahlwerke und die vollständige Belegschaft der Hüttenwerke Ruhrort-Meiderich AG.

In diesen Betrieben wurde in Belegschaftsversammlungen einstimmig der Beschluß gefaßt als Protest gegen den geplanten Ausverkauf der deutschen Industrie und die Ueberfremdung mit ausländischem Finanzkapital in einen Streik von einständiger Dauer einzutreten. Der Beschluß wurde sofort in die Tat umgesetzt.

Das Oberbilker Stahlwerk streikte

Die Belegschaft der Stahl- und Röhrenwerke AG. Abteilung Oberbilker Stahlwerk nahm zu dem Plan der Adenauer-Pferdmenges Stellung. Die 800 Mann starke Belegschaft beschloß in einer Resolution:

„Die Belegschaft der Oberbilker Stahlwerke nimmt mit großer Entrüstung Kenntnis von dem Bestreben der deutschen Industrie, 40 % ihrer Aktien ausländischen Interessenten anzubieten. Sie erblickt darin eine Ueberfremdung der deutschen Industrie und gleichzeitig das Bestreben, den Forderungen der Gewerkschaften auf Sozialisierung der Grundstoffindustrien entgegen zu arbeiten.“

1300 protestierten in Reisholz

Auch die 1300 Mann starke Belegschaft der Stahl und Röhrenwerke AG. in Reisholz faßte eine ähnlich lautende Entschließung, und auch hier ruhte für die Dauer einer Stunde die Arbeit.

Hüttenwerk Ruhrort-Meiderich stand still

Die Belegschaft des Hüttenwerk Ruhrort-Meiderich AG. befaßte sich am Montagmorgen mit der Tagung der Eisenhüttenleute und mit der drohenden Gefahr, die Stahlindustrie an das internationale Finanzkapital auszuliefern. In einem Schreiben an den Vorsitzenden des

Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Hans Böckler, wird auf die Forderung der Vereinigten Stahlwerke hingewiesen, die eine Erhöhung ihres Aktienkapitals von 500 Millionen auf 800 Millionen DM durchsetzen wollen.

Adenauer empfängt Geheim-Befehle

Bonn. Dr. Adenauer, der Regierungschef des Bonner Marionettenkabinetts, werde in der nächsten Zeit täglich auf den Petersberg zitiert werden, erklärte ein Vertreter der alliierten Hohen Kommission. Die Bemerkungen zwischen den Hohen Kommissaren und Dr. Adenauer werden, wie der Sprecher betonte, weiterhin „ohne Rücksicht auf die moralische Wirkung hinter verschlossenen Türen stattfinden.“ Adenauer sei streng angewiesen worden, nichts über diese Besprechungen, die sich hauptsächlich um den Ausverkauf der westdeutschen

Wirtschaft drehen, in der Öffentlichkeit verlauten zu lassen.

Schumacher bei Cloy

Hamburg. Der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher traf am Montagabend in Bad Homburg zu einer Unterredung mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy zusammen. An der Besprechung, die von McCloy angeregt wurde, nahm auch Professor Carlo Schmidt und Erich Ollenhauer teil. Die Einladung McCloy's wird mit dem bevorstehenden Abschluß der deutsch-alliierten Verhandlungen über einen Beitritt Deutschlands zur internationalen Ruhrbehörde und andere politische Fragen in Zusammenhang gebracht. Lesen Sie dazu auf Seite 2 „Schumachers Donnerwetter und die Praxis“.

Schacher um westdeutsche Eisenbahn

Düsseldorf. Ein „großzügiges“ Angebot Schweizer Finanziers auf Einräumung eines Kredits von 250 Millionen Schweizer Franken für die westdeutsche „Bundesbahn“ erregt selbst bei den sonst so anleihenfreudigen west-

deutschen Wirtschaftsführern einiges Unbehagen, wird in Düsseldorf Wirtschaftskreisen erklärt. Zwar sei es richtig, daß die westdeutsche Bundesbahn unmittelbar vor dem Bankrott stehe, doch wäre mit der Annahme dieses Kredites die Auslieferung eine vollendete Tatsache, die der Öffentlichkeit auf die Dauer nicht verborgen bleiben könne. Da die Schweizer Geldgeber lediglich vorgeschobene Strohmänner seien, die im Auftrag amerikanischer Interessenten die westdeutsche Eisenbahn aufkaufen sollen, seien insbesondere diejenigen westdeutschen Politiker peinlich berührt, die es lieber sehen würden, wenn das Kapital über „deutsche“ Mittelsmänner eingeführt würde. Damit wäre der Eindruck vermieden, daß die westdeutsche Eisenbahn bis zur letzten Schraube an das Ausland verschachtet wird.

Die an das Darlehen geknüpfte Bedingung, die Bonner Marionettenregierung müsse bei Gewährung des Kredits auf alle Rechte an der westdeutschen Eisenbahn verzichten und die zur Verfügung gestellten Gelder in Dollar zurückvergüten, wird überdies als außerordentlich hart bezeichnet.

Vor einer Regierungskrise in Frankreich?

Morgen beginnt der Generalstreik der französischen Werktätigen gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung

Paris. Politische Beobachter in der französischen Hauptstadt rechnen mit einer Krise für die noch nicht vier Wochen alte Regierung Bidault, wenn die Frage der Steuererhöhung im nächsten Monat bei der Budget-Debatte in der Nationalversammlung zur Diskussion gelangt.

Die Radikalsozialistische Partei hat in einer auf dem Parteikongreß in Toulouse gebilligten Resolution ihre Abgeordneten aufgefordert, gegen die von der Regierung beschlossenen Steuererhöhungen zu stimmen.

Allgemein erkennt man in Paris, daß die neuen Steuern zwangsläufig zu einer weiteren Preissteigerung führen müssen. Die werktätige

Bevölkerung hat bereits eindeutig gegen die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Stellung genommen. Wie gemeldet, werden die Gewerkschaften aller Richtungen am kommenden Freitag einen Generalstreik durchführen, um gegen die ständig steigenden Lebenshaltungskosten zu protestieren und eine Angleichung der Löhne zu fordern.

Regierungsmaßnahmen gegen Generalstreik

Paris. Die französische Regierung will dem für Freitag von dem Gewerkschaftsverband Force Ouvrière und dem Allgemeinen Gewerkschaftsverband (CGT) ausgerufenen Generalstreik entgegen treten. Sie gab bekannt, daß Polizei die Streikposten zerstreuen und

dafür sorgen werde, daß jeder ungehindert seiner Arbeit nachgehen könne.

Wieder Polizei gegen Landarbeiter

Rom. Am Sonntag kam es erneut zu schwele Landarbeitern in Süditalien und Sizilien, die ebenso wie im Oktober in Kalabrien tausende Morgen unbebauten Land besetzt und mit dessen Bestellung begonnen haben.

Der christlich-soziale Innenminister Mario Scelba hat der Polizei in Süditalien Befehl gegeben, mit Gewalt gegen diese Landarbeiter vorzugehen.

Generalstreik der Studenten in Rom

Rom. Aus Protest gegen die hohen Studienkosten und die Weigerung der italienischen Behörden, das Lehrprogramm im fortschrittlichen Sinne zu ändern, sind mehr als 20 000 Studenten der Universität Rom am Donnerstag in einen eintägigen Streik getreten.

Ein Prozeß gegen das Volk

KPD Niedersachsen soll wegen Demontage-Protest vor Gericht

Hannover. Die britische Militärregierung beabsichtigt, gegen die KPD Niedersachsen einen Prestige-Prozeß durchzuführen, weil sie in einem Flugblatt scharf gegen die Demontage von für die Bevölkerung lebenswichtigen Industriewerken im Gebiet Watenstedt-Salzgitter Stellung genommen hatte. Der beabsichtigte Prozeß wird von politischen Kreisen als Versuch einer Neuaufgabe des Reichstagsbrand-Prozesses bezeichnet, der eine Rechtsgrundlage für Maßnahmen gegen die KPD bieten soll.

Der Landesvorsitzende der KP Niedersachsen, Arthur Holländer, erklärte in einem Interview, daß der beabsichtigte Prozeß jeder rechtlichen Grundlage entbehre, da in

der Demontagefrage das Völkerrecht eindeutig auf deutscher Seite stehe. Nach dem Potsdamer Abkommen hätten die Demontagen am 2. Februar 1948 beendet sein müssen. Die KP habe in ihrem Flugblatt nur die Meinung der Bevölkerung des Notstands-Gebietes Watenstedt-Salzgitter ausgesprochen. Selbst von bürgerlichen Kreisen wird die Absicht der Brien heftig kritisiert, da ein solcher Prozeß die offene Sanktionierung der Meinungsunterdrückung bedeute.

Watenstedt-Salzgitter in Generalstreik

Watenstedt-Salzgitter. Am Dienstagmorgen fand in Watenstedt-Salzgitter eine riesige Protest-Demonstration gegen die Demontage der Reichswerke statt, an der die gesamte Bevölkerung des Gebietes teilnahm. Mehr als 30 000 Personen besuchten die große Protestversammlung, nachdem vorher schon 20 000 Arbeiter des Gebietes in den Generalstreik getreten waren.

35 Verbrechen in sechs Wochen

Schwere Uebergriffe amerikanischer Soldaten

Augsburg. Der Augsburger Oberbürgermeister hat den dortigen Distriktkommissar in einem Schreiben gebeten, eine Ausgangssperre für amerikanische Soldaten zu verhängen. In der Zeit vom 1. Oktober bis 13. November seien in Augsburg 35 Ueberfälle, Diebstähle und andere Vergehen von Angehörigen der amerikanischen Besatzungsmacht gemeldet worden.

Ein neues Flugzeugunglück

Oslo. Das Wrack einer Dakota-Maschine einer holländischen Luftverkehrsgesellschaft, die mit 29 jüdischen Kindern und zwei schwedischen Frauen zu ihrer Betreuung sowie einer vierköpfigen Besatzung an Bord seit Sonntagabend in Oslo überfällig war, wurde am Dienstagmorgen auf dem Westufer des Oslo-Fjords aufgefunden.

Aus den ersten Berichten von der Unfallstelle geht hervor, daß im Innern der Maschine bei der Auffindung noch Lebenszeichen der Flugzeuginsassen bemerkt wurden.

Eine vierzig Meter breite Strecke hätte die Dakota bei ihrem Sturz abgeholt. Die Maschine ist schwer beschädigt, hatte aber offensichtlich kein Feuer gefangen. In einigen Berichten heißt es, mehrere Leichen seien in der Nähe des Wracks gefunden worden. Die Nachforschungen wurden durch einen großen Aschenhaufen erschwert.

Die 29 Kinder sollten gemeinsam mit hundert weiteren Kindern in norwegischen Ferienlagern untergebracht werden, um später zu ihren Angehörigen nach Israel zu reisen.

Prag lacht

Prag. Ueber eine dpa-Meldung, nach der die unter dem Namen La Passionara bekannt gewordene spanische Kommunistin Dolores Ibarruri in Prag verhaftet worden sei, lacht ganz Prag. Die Lügenmeldung wurde zur gleichen Stunde durch die Tatsache demontiert, daß Dolores Ibarruri gegenwärtig in Moskau an der Tagung des Internationalen Demokratischen Frauenbundes teilnimmt.

Einheitsbestrebungen werden immer stärker

Stuttgarter und Dortmunder Bürger treten für deutsche Lebensforderungen ein

Stuttgart. Aus der Erkenntnis heraus, daß der Osten Europas in Zukunft eine bedeutende Rolle für die Wirtschaft und Wissenschaft Gesamtdeutschlands spielen wird, haben sich in Stuttgart 70 führende Wissenschaftler und bekannte Wirtschaftspolitiker Westdeutschlands zu der „Deutschen Gesellschaft für Ost-Europa-Kunde“ zusammengeschlossen.

Ein weiterer Beweis dafür, daß die Bestrebungen für ein Gesamtdeutschland immer stärker werden, wird aus Dortmund gemeldet, wo sich die Betriebsräte einer Anzahl namhafter

Dortmunder Großbetriebe, an deren Beratungen auch Ingenieure und selbständige Unternehmer teilnahmen, die verschiedenen politischen Parteien angehören, entschlossen, den „Dortmunder Kreis für ein einheitliches unabhängiges Deutschland zu gründen.“

Deutschlandkongreß wird wiederholt

Rengdorf. Der Leiter des Nauheimer Kreises Professor Noack, will den Deutschlandkongreß der, wie wir meldeten in Rheinland-Pfalz verboten worden war, in allernächster Zeit in einer anderen Stadt Westdeutschlands wiederholen.

Im Landtag von Nordrhein-Westfalen wurde ein Antrag eingebracht, dem Nauheimer Kreis für seinen Deutschlandkongreß das Landtagsgebäude in Düsseldorf zur Verfügung zu stellen.

In einer Pressekonferenz in Rengdorf erklärte Professor Noack, daß der Plan des Nauheimer Kreises sei, sowohl dem Bonner Bundestag als auch der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik einen Antrag zur Beschlußfassung zu unterbreiten, in dem die vier Besatzungsmächte aufgefordert werden, sofort Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland zu beginnen und ihre Truppen aus Deutschland zurückzuziehen.

An Stelle des Ruhr- und Besatzungsstatuts wird ein ständiges Kontrollorgan vorgeschlagen das eine mögliche deutsche Waffenproduktion verhindern könnte. Weiter verlangt Prof. Noack Garantien für die Unverletzlichkeit der deutschen Neutralität, und schließlich soll die Bundesregierung gebeten werden, weder dem Atlantikpakt noch der der Westeuropa-Union beizutreten.

Kurz berichtet

Auf Befehl der britischen Militärregierung wurde der Bauhafen der Deutschen Werft in Kiel vollkommen zugeschüttet.

Eine Erhöhung der Stundenlöhne auf 1,30 DM forderte die Delegierten-Tagung der Industriegewerkschaft für Holz für die württembergisch-badischen Holzarbeiter.

Ueber Fragen des Interzonenhandels werden auf Einladung des Betriebsrates vor der Belegschaft der Hamburger Treibrifenfabrik Conrad Scholz je ein Vertreter des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und des westdeutschen Gewerkschaftsbundes sprechen.

Fünf Bergleute kamen durch einen Erdrutsch in einer Bochumer Grube ums Leben.

Die Arbeitslosenziffer ist nach aus der Wirtschaft vorliegenden Berichten in der ersten Novemberhälfte wieder erheblich gestiegen.

Die Sowjetunion hat die Abberufung des Tito-Diplomaten in Moskau gefordert. Gleichzeitig wurde bekannt, daß Jugoslawien die Abberufung dreier sowjetischer Diplomaten in Belgrad verlangte.

Die Rauschgiftsucht jugendlicher Japaner nimmt nach einem Bericht der Tokioter Polizei in besorgniserregendem Maße zu.

Durch einen Staatsstreich wurde in Panama der Staatspräsident gestürzt und sein Stellvertreter eingesetzt.

„Sparsamkeit“

Wie aus dem Bericht des Rechnungshofes, der für die alliierte Hochkommission angefertigt wurde, hervorgeht, sind im Haushaltsjahr 1948-49 5,2 Milliarden DM Besatzungskosten zu bezahlen.

Diese Besatzungskosten von mehr als 5 Milliarden bilden für die Haushalte der Länder und des Bundes eine unerträgliche Belastung und werden letzten Endes durch direkte und indirekte Steuern auf die breite Masse der westdeutschen Bevölkerung abgewälzt. Die Anträge der KPD im Wirtschaftsrat und in den Länderparlamenten auf Herabsetzung der hohen Besatzungskosten und auf Verwendung dieser eingesparten Beträge für den sozialen Wohnungsbau und andere Sozialausgaben wurden ignoriert und teilweise mit Argumenten — wie z. B. der fehlende Wehretat verlange aus Billigkeitsgründen die hohen Ausgaben für die Besatzung — bagatelisiert.

Jetzt haben die Hohen Kommissare die Absicht geäußert, bei den Besatzungskosten jährlich bis zu 1 Milliarde „einzusparen“. Ja, sie haben sogar schon Pläne bekanntgegeben, wie diese Milliarde „eingespart“ werden soll. Das soll nicht etwa durch Herabsetzung der Zahl der alliierten Besatzungstruppen, einschließlich Hilfspersonal, oder durch Einschränkung des Warenbezugs geschehen, wie es der durchschnittliche Leser der Meldung von der eingesparten Milliarde annehmen müßte. Nein, so weit geht die Absicht der Westmächte nicht. Der diesbezügliche Bericht meldet:

„Bei den Personalaufwendungen soll festgestellt worden sein, daß ein großer Teil der bei alliierten Stellen tätigen deutschen Angestellten in gehaltsmäßig weit höheren Gruppen eingestuft ist, als es der deutschen Praxis und den beruflichen Qualitäten der Beschäftigten entspricht.“

Außer den Löhnen und Gehältern der deutschen Angestellten soll gespart werden. Die westdeutsche Bevölkerung wird derartige „Einsparungen“ mit gemischten Gefühlen gegenüberstehen. Schließlich hatten auch die Westmächte dem deutschen Volk in Potsdam einen Friedensvertrag versprochen. Wonach das deutsche Volk sich sehnt, ist dieser Friedensvertrag, der das Ende der Besatzung und somit auch das Ende der Besatzungskosten bringt. Diese Einsparung, die mit einem Schlage unsere Finanzlage verändern würde, wäre allein wirklich willkommen. Sie könnte beinahe Wirklichkeit sein, wenn die Westmächte im Mai 1949, auf der Pariser Konferenz den sowjetischen Vorschlag angenommen hätten, binnen drei Monaten einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen.

Wie „Telepress“ meldet, soll in Belgrad, dem Zentrum der von den USA befürworteten Tito-Bewegung, eine Schule für Saboteure errichtet werden.



Tito: Nehmt mich zum Vorbild, Komilitonen, im Sabotieren bin ich Meister!

Eine unzureichende Plattform

Das Verbot der Tagung des Nauheimer Kreises um Professor Noak, der zu einem Gespräch zwischen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus allen Teilen Deutschlands eingeladen hatte, hat mit Recht Empörung ausgelöst. Dieses Verbot richtet sich nicht in erster Linie gegen den Nauheimer Kreis. Der Ministerpräsident Altmeyer hat die verfassungswidrige Aufhebung der Meinungsfreiheit in seinem Lande damit begründet, daß das Erscheinen führender Persönlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik geeignet sei, Verfassung und Sicherheit des westdeutschen Staates zu untergraben.

Durch das Verbot sollte also das Gespräch von Deutschen über die Zonengrenzen hinweg verhindert werden. Es sollte verhindert werden, daß führende Vertreter des öffentlichen Lebens in der Demokratischen Republik mit westdeutschen Menschen über Fragen sprächen, die alle Deutschen angehen. Die Machthaber dieses westdeutschen Staates und ihre Auftraggeber wollen nicht, daß die Bevölkerung Westdeutschlands die Wahrheit erfährt über die Absichten und Ziele der Regierung und der politischen Parteien der Deutschen Demokratischen Republik. Ihre Verfassung und ihre Sicherheit sind gefährdet, wenn Deutsche sich über den Frieden und über die Einheit Deutschlands verständigen wollen. Ihr Bonner Grundgesetz soll die Meinungs- und Handelsfreiheit der Kriegshetzer schützen, aber die Freunde des Friedens und der deutschen Einheit dieser Freiheit berauben.

Natürlich ist dem Gespräch unter Deutschen aller Richtungen über die nationalen Lebensfragen und den Frieden nicht mit Unterdrückungsmaßnahmen bezukommen. Dieses Gespräch entspricht deutschen Lebensnotwen-

digkeiten, und es wird nicht abreißen. Was der Nauheimer Kreis um Professor Noak als Plattform für ein solches Gespräch ausgearbeitet hatte, und was dem Kongreß als Grundlage seiner Beratungen dienen sollte, das scheint uns jedoch in vieler Hinsicht recht unklar und verworren.

Wir treten für den Zusammenschluß aller Deutschen ein, gleich aus welchem parteipolitischen oder weltanschaulichen Lager sie kommen, solange sie sich in den elementaren nationalen Fragen, in den Fragen der deutschen Einheit und Unabhängigkeit, in der Forderung nach einem gerechten Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen und im Kampfe um den Frieden in Europa und in der Welt einig sind. Diese Sammlung erfordert kein Aufgeben der parteipolitischen und weltanschaulichen Ziele derjenigen, die sich zusammenschließen. Aber sie erfordert Klarheit in den gemeinsamen Grundforderungen, eine Plattform, auf die man sich einigt, und für die man entschlossen kämpft.

Was Professor Noak für seinen Kreis als Plattform vorlegte, zeichnet sich nicht durch diese Klarheit aus. Es leidet darunter, daß er versucht, so wenig wie möglich anzudeuten. Wer jedoch ernsthaft für den Frieden eintreten will, darf sich nicht fürchten, Kriegshetze und Kriegsabsichten beim Namen zu nennen und gegen Kriegsvorbereitungen zu kämpfen. Wer der deutschen Einheit wirklich zum Durchbruch verhelfen will, muß sich den Feinden dieser Einheit widersetzen. Es gibt weder Neutralität noch Neutralisierung gegenüber Kriegstreibern und Feinden der deutschen Einheit.

Der Widersprüche und Unklarheiten in der Plattform des Professor Noak sind viele. Es

Ich trage die Verantwortung

Erklärung zu der Veröffentlichung der Artikel

Ich erkläre mich mit dem Beschluß des Sekretariats des P. V. vom 25. 10. 1949 „Stärke die politische Wachsamkeit der Partei“ vollinhaltlich einverstanden und betrachte ihn als wichtigen Beitrag im Kampf um die ideologische Festigung der Partei.

Für die Veröffentlichung der beiden im Beschluß des Sekretariats des P. V. erwähnten Artikel trage ich die Hauptverantwortung, da der Auftrag, eine Antwort auf den Artikel des Gen. Belz zu schreiben und beide im Zentralorgan zu veröffentlichen, von mir ausgegangen ist.

Indem ich das Zentralorgan der Partei veranlaßt habe, in einer unzulässigen „objektivistischen“ Gegenüberstellung „objektivistische“ und „marxistische“ Erklärungen der Partei und Beschlüssen der Partei, widersprechende Argumente zu veröffentlichen, habe ich einen ersten politischen Fehler begangen.

Ein solches Verfahren widerspricht der Methode einer marxistischen Erziehung der Parteimitgliedschaft, führt zur ideologischen Verwirrung und hilft dem Gegner, parteifeindliche Argumente in die Partei einzuschmuggeln und ihnen dort Lebensrechte zu verschaffen.

Insbesondere wäre ich als Mitglied des Sekretariats des P. V. verpflichtet gewesen, eine derartige „Diskussion“ zu verhindern. Durch die Tolerierung eines Versuchs, klare Beschlüsse der Partei erneut zu einem Diskussionsproblem in der Partei zu machen, habe ich meine Verpflichtung zu politischer Wach-

samkeit und Sorgfalt in Fragen der Ideologie ernsthaft verletzt.

Durch die Aussprache im Sekretariat des P. V. und den in meiner Angelegenheit gefaßten Beschluß des P. V. ist mir die Tragweite dieses schweren Fehlers bewußt geworden. Durch meinen Fehler wurde die Führung des Kampfes der Partei um die politische-ideologische Festigung erschwert.

Nach der Erkenntnis dieses Fehlers und seiner Tragweite ist es meine Pflicht, ihn nicht nur offen und selbstkritisch anzuerkennen, sondern auch aus ihm die Lehre zu ziehen, mit aller Energie daran zu arbeiten, meine Sorglosigkeit gegenüber Fragen der Ideologie zu überwinden, die politische Wachsamkeit zu stärken und die Wiederholung solcher Fehler zu vermeiden.

Walter Fisch.

Beschluß

des Sekretariats des Parteivorstandes der KPD

Das Sekretariat des Parteivorstandes der KPD nimmt die Erklärung des Genossen Walter Fisch zur Kenntnis und beschließt, den Genossen Fisch von seiner Funktion als Verantwortlicher für die Parteischulung zu entbinden.

Es erwartet, daß Genosse Fisch die Lehren aus seinem Fehler zieht und gibt ihm die Möglichkeit, das auf einem anderen Arbeitsgebiet im Rahmen des Sekretariats des Parteivorstandes zu beweisen.

Schumachers „Donnerwetter“ und die Praxis

Adenauer wird Ruhrstatut unterschreiben und Schumacher wird Ja sagen

In diesen Tagen wird Dr. Adenauer das Ruhrstatut unterzeichnen und damit das Industriegebiet zwischen Ruhr und Lippe dem amerikanischen Großkapital ausliefern. Das ganze deutsche Volk — von der Handvoll Ruhrindustrieller und dem Kreis um Bankier Pfordmenges abgesehen — ist gegen diesen Verrat der deutschen Interessen. Aber was kümmert das die Herren von Bonn? In wenigen Tagen wird die werktätige Bevölkerung Westdeutschlands das blinde Vertrauen in die Wahlversprechungen der bürgerlichen Parteien teuer zu bezahlen haben.

Von der SPD befürchtet Dr. Adenauer keine Schwierigkeiten. Dr. Schumachers rethorischer Theaterdonner ist verhallt, ohne die zu beeindruckt, gegen die er gerichtet, aber auch ohne die zu überzeugen, die noch immer

glauben, ein Dr. Schumacher vertrete die Interessen Deutschlands und seiner Werktätigen. Schumachers „Donnerwetter“ richtet sich nur gegen die „Methoden“ Dr. Adenauers. Gegen den materiellen Inhalt des Adenauerschen Ausverkaufsprogramms an der Ruhr hat er nichts einzuwenden. Was wollte Dr. Schumacher schon? Die formale Aenderung des Ruhrstatuts, die neue Modifikation des einen oder anderen Paragraphen. Im großen und ganzen war er aber mit allem einverstanden, was ein Separatist vom Schlage Adenauer dem Parlament vorzuschlagen wagte.

Wenn es um große Dinge geht — und die deutsch Ruhr-Industrie ist eine große Sache, auch an den Maßstäben amerikanischer Monopole gemessen — kann man schon großzügig sein. Dr. Schumacher wird am Dienstag durch Dr. Adenauer die Zugeständnisse bekommen, die notwendig sind, um „sein Gesicht zu wahren“. Dr. Schumacher ist sich ebenso klar darüber, wie die amerikanischen Finanziers der hohen Herren von Petersburg und die separatistischen Kreise um Dr. Adenauer, daß eine Revision des Ruhrstatuts nur Träumereien unrealistischer Politiker sein können. Nur einen Unterschied gibt es gegen früher: die werktätige Bevölkerung hat gemerkt, von wem es geschöpft wird und werden Schröpfer unterstützt.

Der Pfarrer wartete vergebens

70-jähriger Bräutigam hinter Misthaufen eingeschlossen

Geseke. Ein 70-jähriger Bauer aus der Umgebung von Geseke wollte schon bald nach dem Tod seiner Frau seine 65-jährige Haushälterin heiraten. Seine Verwandten, die damit nicht einverstanden waren, bepäckten in der Nacht vor der Hochzeit von außen die Fensterläden mit Dünger, verbarrikadierten die Türen und versteckten die Räder des Hochzeitswagens. Der Pfarrer wartete vergebens auf das Brautpaar.

„Ich habe drei Menschen getötet“
Flensburg. Telefonist meldete der erst vor Tagen aus einer Irrenanstalt entlassene, 25-

jährige B. Jörgensen der Kriminalpolizei in Kolding (Nordschleswig), daß er soeben seine drei Angehörigen erschossen habe. Man glaubte auf der Polizeiwache zuerst an einen schlechten Witz, doch ergab die sofortige Nachprüfung des mysteriösen Anrufes die Richtigkeit des Geständnisses. Die Eltern des Mörders lagen mit Kopfschüssen tot in ihren Betten, während seine Schwester, ebenfalls durch einen Schuss in den Hinterkopf getötet, vor der Schlafzimmertür lag. Die Tat führte der Geisteskranke mit einem Jagdgewehr aus.

„New York Herald Tribune“, 18. 11. 49.

Ein Schnörkel kostet 18 000 DM

Bayreuth. Nach langen Bemühungen sollte die Gemeinde Hannberg im Landkreis Pegnitz von der Regierung 2000 DM Zuschuß zum Bau einer Wasserleitung erhalten. Der Regierungsbeamte malte auf der Postcheckanweisung an die letzte Null einen so schönen Schnörkel, daß ihn das Postamt für eine vierte Null ansah und der erstaunten Gemeinde 20 000 DM auszahlte. Bevor die Regierung den Irrtum bemerkte, hatte die Gemeinde das Geld bereits für die Wasserleitung ausgegeben. Sie erklärte sich außerstande, die zu viel erhaltenen 18 000 DM zurückzahlen.

Aus dem Partelleben

Kreis Wolfach. Am Sonntag, den 27. November 1949 findet vormittags 9 Uhr im Gasthaus „Burghof“ in Hausach eine Kreisfunktionsärkonferenz statt. Ein Genosse der Landesleitung wird anwesend sein. Sämtliche Funktionsäre des Kreises Wolfach werden gebeten, an dieser wichtigen Tagung teilzunehmen.

Rastatt. Am Samstag, den 26. Novbr. 1949, abends 8 Uhr, findet eine Mitgliederzusammenkunft im Gasthaus zum Dyllin statt. Die Genossen werden gebeten, ihre Frauen und erwachsenen Kinder mitzubringen.

UNSER TAG: VOLKSZEITUNG FÜR BADEN
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1
Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg
Chefredakteur: H. Jerrantrop

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur bei Beifügung von Rückporto.
Verlag: Südwest-Verlag, eGmbH, (17b) Offenburg
Friedrichstraße 36 Postfach 361, Fernruf 3374.
Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder in Fällen höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

Presestimmen

Nur für die „nahe Zukunft“

Es ist noch nicht ganz möglich zu sagen, ob die Europa-Union sich entwickeln oder wie weit dieses Land (Frankreich, D. Red.) sich auf dieses Ziel hin bewegen wird. Die Regierungen Englands und der Vereinigten Staaten können aber einen großen Teil dazu beitragen, die französischen Verdächtigungen durch praktische Maßnahmen der Zusammenarbeit zu verschweigen, vor allem, indem sie die militärische Lage unmißverständlich klären. Sie sollten auch bereit sein, sich jeder Erklärung der französischen Regierung anzuschließen, in der verlangt wird, daß Deutschland entwarfnet bleibt. Vielleicht kann auch hier keine endgültige Bürgschaft gegeben werden, denn in keinem Bereich der Politik kann man Endgültiges sagen; aber, wenn es gegenstandslos ist, von der „ewigen Neutralität“ Deutschlands zu sprechen, so ist es doch richtig, es Europa klar zu sagen, daß die westlichen Mächte, keinerlei Absicht haben, Deutschland in der nahen Zukunft wieder zu bewaffnen.

„The Times“, London, 12. 11. 1949.

Die Taktik der Remilitaristen

Es ist ganz offensichtlich, daß man unter den gegenwärtigen Umständen nicht auf freimütige und offizielle Erklärungen zugunsten einer westdeutschen Wehrmacht warten braucht. Die westlichen Strategen wollen nicht Gefahr laufen, eine Bewegung der Mißbilligung hervorzurufen, die ihren Plan im Keim zunichte machen würde. Sie gehen mit List an ihre Arbeit, sie lügen. Aber sie können tun, was sie wollen, denn es gibt keinen Rauch ohne Feuer.

„L'Humanité“, Paris, 17. 11. 1949.

USA zu schwach, um Europa „zu Hilfe zu kommen“

In jedem Fall wäre es genau so dumm, unsere Hoffnungen auf eine angebliche Begrenzung der sowjetischen Rohstoffquellen zu stützen, wie es sich bereits als eine Dummheit erwiesen hat, zu behaupten, daß die Russen niemals die Atombombe haben werden, weil sie das Herstellungsverfahren noch nicht kennen.

Die bittere Tatsache ist, daß man sich leicht eine Situation vorstellen kann, in der der Krim die Herrschaft über Eurasien erlangen kann, ohne daß er auch nur eine einzige Atombombe zu verausgaben braucht. Denn wenn unsere Alliierten in Europa fühlen, daß wir in den Vereinigten Staaten zu schwach sind, um ihnen zu Hilfe zu kommen, werden sie ihre Schätzungen, ob der sowjetische Bombenvorrat 50, 100 oder 200 Bomben beträgt, nicht einstellen. Die kleineren unter ihnen werden nach Verhandlungsmöglichkeiten suchen. Die größeren werden sich als überflüssig betrachten. Das sind die Gefahren, die eine Politik der Schwäche in sich birgt, die auf Grund der Tatsache entschuldigt wird, daß die reichste Nation der Welt zu arm ist, sich eine angemessene nationale Verteidigung zu leisten.

„New York Herald Tribune“, 18. 11. 49.

Flüsse fließen bergauf

Wüsten wandeln sich in Gärten — Atomkraft für den Frieden

Eine aufsehenerregende Nachricht beginnt die Gemüter zu bewegen, eine Nachricht, die trotz ihrer eminenten Bedeutung und trotz der Kühnheit des Geschichtlichen keinen Eingang in die Presse fand:

Die ersten Bauabschnitte einer Wasserstraße sind in Angriff genommen worden, einer Wasserstraße von rund 3500 Km Länge die von der Ostsee bei Riga, quer durch Polen, Deutschland, Frankreich und Spanien gehen und über den Tajo bei Lissabon den Ozean erreichen soll. Ein Kanal von 1000 Kilometern — die Strecke Straßburg bis etwa Madrid — wird den Rhein

phantastisch! Frei erfunden ist die Meldung aber nicht. Nur des Maßstabes wegen verlegen wir den Schauplatz dieses gigantischen Unternehmens von der

Sowjet-Union

in die uns bekannteren Räume

Die Wirklichkeit: Jenissei und Ob, den nordwestlichen Randgebieten der Mongolei entspringend, wälzen ungeheure Wassermassen nordwärts zum Eismeer. 2000 Kilometer westlich ihrer Quellgebiete erstreckt sich die Wüste Kara-Kum — begrenzt durch das Kaspische Meer — und die Turan-Niederung, in deren Mitte der Aral-See, vom flüsse-reichen sibirischen Tiefland abgeleitet durch die Turgaj-Höhe, den nach Osten drängenden südlichen Ausläufer des Ural. Ein Gebiet, größer als Deutschland, bislang Wüste und unfruchtbar, zukünftig Siedlungsraum für Millionen Menschen! Glückhaftes Vorhaben einer jungen, starken, gesunden Nation, den Garten Eden hier zu schaffen, das Klima zugleich zu stabilisieren über weite Länder, für die der heiße Hauch — aus dieser Wüste aufsteigend — oft genug Dürre und Not bedeutete —

Moses zauberte Wasser für sein durstendes Volk, eine Quelle im Fels öffnend. Der Sowjetbürger Dawydow aber befiehlt den Flüssen, bergauf zu fließen. Dem Jenissei — etwa bei Tunguskoje — und dem Ob — bei Bjelegorje, der Einmündung des Irtytsch — werden große Spernmauern vorgesezt, die, einen Stau: von der Größe Englands schaffend, die Wasser um 60 Meter heben und den Tobol (einen Nebenfluß des Irtytsch) aufwärts fließen heißen, dazu noch Kräfte herzuheben für Großgeneratoren, die Sibirien und Mittelasien mit Elektrizität versorgen werden.

Ein Kanal von fast 1000 Kilometern Länge wird den Oberlauf des Tobol mit dem Aral-See verbinden und auf seinem Wege das Tor von Turgaj mit 50 Metern Höhendifferenz durchschneiden. (Hier auch, auf langen Kilometern, wurden — wir lassen schon davon, zwischen den Zellen, aus der sowjetischen Erklärung vom Ende September — erstmals, der gewaltigen Aufgabe entspre-

chend, die gebändigte Gewalt der Atomkraft nutzbar gemacht!). Ein zweiter, 750 Kilometer langer Kanal wird vom Aral-See in die Kamysch-Senke führen und in das Kaspische Meer münden.

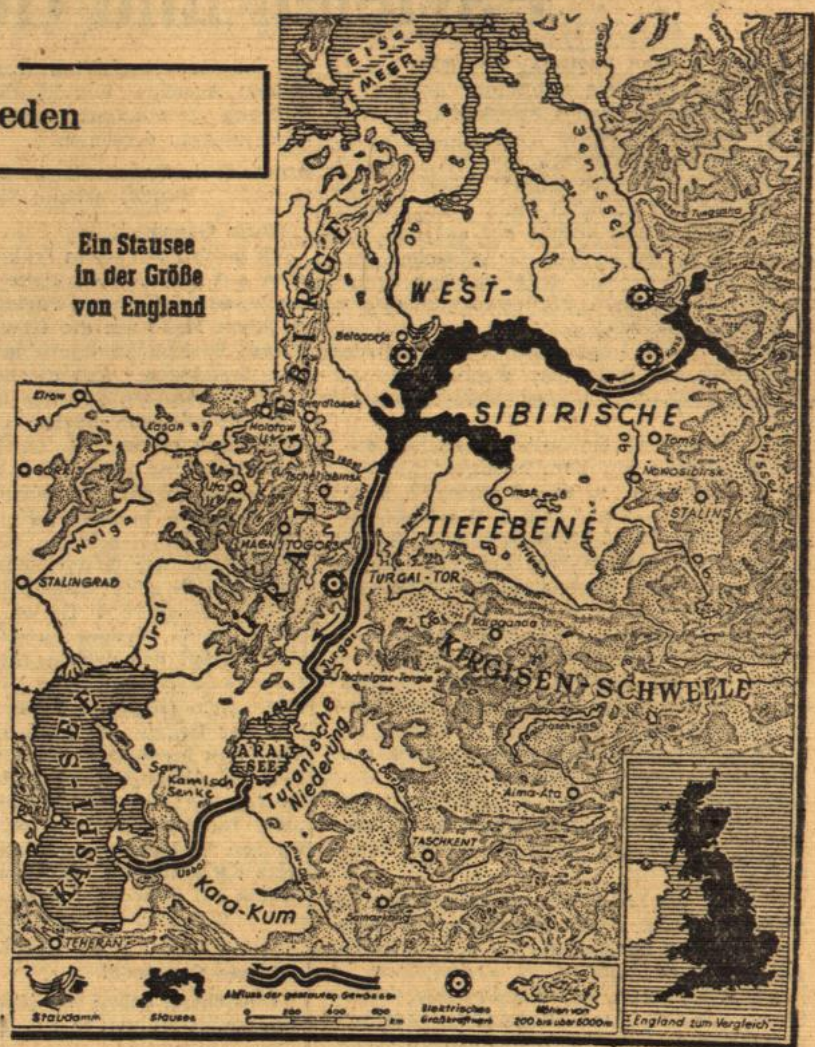
Vom Hauptkanal werden Sappen seitwärts, Stichkanäle rechts und links sich in die Weite bohren, meilenweit, aber meilenweit sich teilend und zerteilend in ein Netz von Wasseradern; Wasser spendend für die dürstende, Wasser für die jungfräuliche Erde, lebensweckendes, lebenspendendes Naß, auf daß ein Garten werde, der Brot und Wein in Fülle gebet!

Laubdächer in den Urforsten Sibiriens, Zelte im Wüstensand, ausgesetzt den sengenden Sommergluten,

überfallen von bissigen Winterwinden, klappernde Geleise, klirrende Eisenkarren, schrämende Baggerketten, tuckende Dieselloks: das Schlachtfeld. — Ingenieure, Maschinisten, Pioniere, Arbeiter, Aktivisten, Jugend: die Armee — eines zu friedlicher Eroberung sich regenden Erdteils!

Der Schafhirte auf der Kirgisensteppe deutet bewundernd die Rauchzeichen am fernen Horizont — die still sich fädelnden Fahnen der Lagerfeuer, — die rhythmisch pustenden Kringel der Maschinen, — die dumpfgrollenden Wolkenquirl der Sprengungen als die Atemzüge des gewaltigsten Epos sozialistischer Arbeit!

Hanns Benner.



Stalin und die deutsche Frage

Die Westpresse möchte dem deutschen Volk einreden, Stalin habe mit seiner Zustimmung zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik eine neue politische Linie bezogen. Sie möchten nicht gern wahrhaben, daß diese Zustimmung die konsequente Weiterverfolgung einer Politik und ihre Anwendung auf Deutschland ist, die von Stalin schon vor Jahrzehnten entwickelt wurde und einen der entscheidenden Grundsätze der sozialistischen Außenpolitik überhaupt darstellt.

Stalin formulierte diesen Grundsatz im Jahre 1948 auf einem Bankett zu Ehren der finnischen Handelsdelegation in besonders anschaulicher Weise. Er sagte: „Die Sowjetmenschen sind der Ansicht, daß jede Nation ob groß oder klein, ihre qualitativen Besonderheiten besitzt, ihre Eigenart, die nur ihr gehört und die andere Nationen nicht besitzen. Diese Besonderheiten sind jener Beitrag, den jede Nation zum gemeinsamen Schatz der Weltkultur leistet und mit dem sie ihn ergänzt, ihn bereichert. In diesem Sinne sind alle Nationen, die kleinen und die großen, in der gleichen Lage, und jede Nation ist jeder beliebigen anderen Nation gleichbedeutend.“

Dieser Grundsatz klingt aus allen Äußerungen Stalins über Deutschland heraus. Schon im Februar 1942,

acht Monate nach dem Überfall auf die Sowjetunion, erklärte Stalin, es sei lächerlich, „die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, dem deutschen Staat gleichzusetzen.“ Damals prägte Stalin den unvergesslichen Satz, der drei Jahre später auf zahlreichen Wänden und Ruinenmauern Berlins zu lesen war: „Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“ Am 7. November 1942, als Hitler sich noch mit der Absicht brüstete, die Sowjetunion „vom Erdboden zu vertilgen“, erklärte Stalin: „Eine solche Aufgabe wie die Vernichtung Deutschlands haben wir nicht; denn es ist unmöglich, Deutschland zu vernichten, so wie es unmöglich ist, Rußland zu vernichten. Aber den Hitlerstaat vernichten — das kann man und muß man.“

Viele Menschen fragen sich, wie es möglich ist, daß der als Internationalist bezeichnete Staatsmann ein so außergewöhnliches Verständnis für Forderungen aufbrachte, die eindeutig nationalen Charakter tragen.

Er wurde als Angehöriger eines unterdrückten Volkes geboren. Transkaukasien, seine Heimat, war eine Kolonie des Zaren, in der zahlreiche Nationen in buntem Gemisch nebeneinander wohnten, darunter die Georgier, das Volk, dem Stalin angehört. Diese Völker wurden

schändlich ausgebeutet — zusätzlich von ausländischen Erdölgesellschaften —, national unterdrückt und zwangsrußifiziert. 1904 veröffentlichte der zum Sozialisten herangereifte Stalin seinen ersten Aufsatz zur nationalen Frage. Er trat damit als bedeutender Theoretiker auf diesem Gebiet hervor. 1912 entwickelte er die programmatische Deklaration seiner Partei zur nationalen Frage, er bereicherte die marxistische Theorie, um eine genaue und unmißverständliche Definition des Begriffes der Nation und formulierte die Grundlagen der Methode, nach der die nationale Frage gelöst werden könne und müsse.

Als 1917 die Zeit der Anwendung der Theorie auf die Praxis heranreife, hielt Stalin auf der Konferenz seiner Partei das Referat über das gleiche Thema. Er begründete die Nationalitätenpolitik seiner Partei, vertrat das Recht der Lostrennung und Bildung selbständiger Staaten und sicherte seiner Partei mit diesem Programm in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die Unterstützung der unterdrückten Nationalitäten.

Dieses Programm Stalins wurde Punkt für Punkt realisiert. Stalin selbst war bis 1923 Volkskommissar für die Angelegenheiten der Nationalitäten und leitete unmittelbar die gesamte Arbeit zur Lösung der

nationalen Frage in der Sowjetunion.

Diese Tätigkeit Stalins, die auf der meisterhaften Weiterentwicklung und Realisierung der These von Marx beruhte, daß ein Volk, das andere Völker unterdrückt, nicht frei sein kann, beantwortet die Frage nach dem Interesse Stalins an der deutschen nationalen Befreiung. Die Sowjetunion hat die nationale Frage innerhalb ihres Landes auf der Grundlage der Stalinschen Politik der Völkerfreundschaft konsequent gelöst, sie steht heute an der Spitze des Kampfes aller Kräfte des Fortschritts, die sich außerhalb der Sowjetunion gegen imperialistische Versuche zur Wehr setzen, das längst ins Museum gehörende System der kolonialen Unterdrückung aufrechtzuerhalten und auf Gebiete auszuweiten, deren Nationen wie die deutsche zum gemeinsamen Schatz der Weltkultur wesentliche Beiträge geleistet haben. Deshalb hat Deutschland in seinem Kampf um die endgültige nationale Freiheit in Stalin einen mächtigen Freund.

Die Stalinsche Politik der Zustimmung zur Wiederherstellung der deutschen Souveränität ist somit keine „taktische Wendung“. Sie ist eine Politik, die sich aus dem theoretischen Fundament ergibt, auf dem die Gesellschaft unseres großen Nachbarn im Osten in Freundschaft und Gleichberechtigung zu neuen Höhen des nationalen Freiheitsbegriffes emporwächst. Stü.

Boris Gorbатов

Satanaus Heimkehr

In diesen Tagen, da wir das Gedenken an die siegreiche Oktober-Revolution feiern, erscheint uns die Erzählung von Boris Gorbатов, „Satanaus Heimkehr“, von besonderer Bedeutung. Der Dichter zeigt darin die Wandlung eines besonders rückschrittlichen, primitiven Stammes aus der großen Völkerfamilie der Sowjetunion zu bewußten, intelligenten Menschen.

Es war an der Beringsee. Der Dampfer kam von Osten, auf der Reede hinter dem Riff ging er vor Anker. Als letzter stieg ein Mann in seinem blauen Overall aus, dessen Taschen zweifach weiß umstept waren. Solche Overalls sieht man in Alaska, auf den japanischen Fischerschiffen und bei uns auf Kamtschatka.

Er ging stracks auf ein Häuflein Tschuktschen zu, stellte sich vor ihnen in Positur und lächelte zufrieden. — „So bin ich wieder unter euch“, sagte er in der Tschuktschensprache. „Endlich bin ich zurückgekehrt.“ „Ach, du bist es, Peljaugyn?“ lachte der Ankömmling einem bebrillten Greis entgegen. Peljaugyn musterte den Ankömmling lange und sagte dann unsicher: „He, bist du es nicht, Satanau? Bist du wieder hier?“ „Ja“, entgegnete der Ankömmling stolz, „ich bin Satanau, und ich bin wieder hier.“

Sie wiesen Satanau den Ehrenplatz beim Feuer an, und die ganze Bevölkerung der Siedlung ließ sich im Kreise nieder. „Ihr, die ihr um dieses Feuer sitzt, meine Nachbarn! Du, Peljaugyn, du Ukutagny und ihr alle, hört auf Satanau, er wird euch erzählen. Mit Walfischfängern war er auf Alaska. War in Amerika... hat in Frisko Wunder gesehen. He!“ Er machte große Augen und flüsterte: „Ich sah einen Vogel, auf dem Menschen flogen. Und der Vogel war eisern, ganz aus Eisen, wie dieser Kessel.“

„Das ist ein Flugzeug“, sagte Peljaugyn leise. „Wir haben es auch gesehen.“ Satanau schleuderte einen zornigen Blick auf ihn. „Oho!“ schrie er. „Wo willst du diesen Vogel gesehen haben? Du hast wohl geträumt?“ „Nein, hier“, entgegnete Peljaugyn und deutete auf die Bucht. „Sie kommen öfters zu uns her.“

Dem gutmütigen Tygrenkau schlen es unhöflich, mit einem Ankömmling so zu streiten, und er sagte versöhnend: „Möge Satanau sprechen. Er hat mehr gesehen als wir; zehn Jahre zog er auf Erden umher, während wir am Meer saßen.“ „Ja“, rief Satanau, „ich bin zurückgekommen, um euch ein Wunder zu zeigen. Verjagt Umkugyn, ich werde von nun an selbst der Schamane sein.“ Aber der unverdrossene Peljaugyn stieß hervor: „Wir haben doch keinen Schamanen.“

„Dann werdet ihr eben einen haben“, sagte Satanau. „Eiserne Schlitten habe ich gesehen“, sagte Satanau. „Sie wurden von einem eisernen Tier gezogen, und auf dem Schlitten fuhren so viele Leute, wie man hier an der ganzen Küste nicht findet.“ Da flüsterten die jungen Tschuktschen einander etwas zu und einer von ihnen sagte schüchtern: „Das heißt: Lo-ko-mo-tive...“

Satanau fuhr rasch fort: „Ich sah eine Lampe, die brennt ohne Fett, ohne Petroleum und ohne Holz. Und ich sah einen Kasten, in dem Eingesperrte saßen und lustige Lieder sangen.“

Da stand der gutmütige Tygrenkau auf und schritt auf seine Jaranga zu. Er kam bald mit einem länglichen Kasten zurück. Er stellte ihn neben dem Feuer auf den Boden. Er hob

den Deckel des Grammophons. „Ich habe zwei Eisfische dafür hergegeben.“ Die zärtlichen Klänge eines argentinischen Tangos strömten über die Tundra. Satanau saß verdrossen auf seinem Ehrenplatz am Feuer, den Blick auf den Boden gerichtet. Alle fühlten sich plötzlich beklommen und traurig. Da trat der bebrillte Peljaugyn näher ans Feuer und sagte, sich an Satanau wendend: „Satanau, du bist durch fremde Länder gewandert, während wir hier am Meere blieben, den Seehund und den Walfisch fangend. Was hast du großartiges gesehen, was wir nicht gesehen hätten? Du verstehst nicht zu leben!“ Satanau kroch unter diesem furchtbaren Schimpf ganz in sich zusammen.

Dem gutmütigen Tygrenkau ist er leid, und er verlor auch jetzt die Hoffnung nicht, den Gast gegen Kränkungen zu schützen:

„Vielleicht hast du gelernt, Menschen zu heilen, wie der Sohn von Rykxon, oder kannst du wohl aus Bein schöne Dinge schnitzen? Aber vielleicht kannst du auch eine Maschine führen oder durch die Luft sprechen? Atscheno, sagt man, arbeitet auf solcher Station.“ „Nein, ich kann es nicht“, sagte Satanau leise.

„Nun also, so wirst du eben wie früher den Seehund im Meere fangen. Aber ein großer Mensch bist du nicht,

Satanau, und du sollst keinen Stolz haben vor uns. Was ist das für eine Erde, über die du gewandert bist, daß du nichts auf ihr gelernt hast?“ „Erzähl' von dieser Erde“, riefen alle.

Und Satanau erzählte, daß er unter Fischern gelebt habe. Fische gäbe es in großer Zahl, aber die gehören anderen. „Der Fisch gehört dem, der ihn fängt“, sagte ein junger Tschuktsche. „Nein“, sagte Satanau. Er erzählte, wie er im Lande umherzog. Arbeit suchte in Großfischereien. Er kam auf die Farmen, in die Betriebe, zeigte seine kräftigen Arme, aber man jagte ihn davon und sagte: „Wir brauchen dich nicht!“ „Wieso“, sagte Tygrenkau, „kann ein Gesunder keine Arbeit finden?“ Er wußte nicht, wie er es ihnen erklären sollte und stockte. Da meinten alle, er lüge und schämten sich für ihn.

Er erzählte weiter von dem seltsamen Land. In seiner Stimme war kein Ton mehr von Prahlerei, nur noch Kummer und Müdigkeit. Aber seine Erzählungen waren für die Menschen am Feuer unverstänlich. Die jungen Tschuktschen sagten: „So ein Land gibt es gar nicht“, und die Alten sagten: „Ja, das war einmal, aber jetzt gibt es so etwas nicht mehr. Du erzählst uns von dem, was war, warum erzählst du uns nicht von dem, was ist?“

Parteien und Gewerkschaft

Auf dem kleinen Parteitag der SPD am 13. November in Freiburg nahm der Bezirksvorsitzende Jäckle zu den Gewerkschaften Stellung: Er forderte größere Wachsamkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaftler, „die nur zu gewissenhaft die Neutralität wahren, während sie von der anderen Seite nicht beachtet worden wäre, was erneut der auf der Neustädter Tagung des südbad. Gewerkschaftsbundes eingebrachte und angenommene Antrag, dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund beizutreten, beweise.“

Trotzdem nicht anzunehmen ist, daß dem Vorsitzenden der SPD der Wortlaut des Antrags nicht bekannt ist, sei er hier nochmals festgehalten.

„Der badische Gewerkschaftsbund bekräftigt erneut auf dem heutigen Bundestag seine Bereitschaft in den Statuten § 2 (n) festzusetzen und auf dem 2. Bundestag in nachstehender Entscheidung zum Ausdruck gebrachten Stellungnahme zur Frage seiner Beziehung zur internationalen Gewerkschaftsbewegung.“

Der 2. Bundestag der badischen Gewerkschaften gibt seinen Willen zur internationalen Zusammenarbeit in allen Fragen kund, wie sie in den Beschlüssen der Interzonenkonferenz in Garmisch-Partenkirchen, in dem Beschluß zur Neugestaltung der Wirtschaft, in den Beschlüssen von Badenweiler und in der Entscheidung der deutschen Gewerkschaftsdelegation zu den Prager-Beschlüssen zum Ausdruck kommen.

Nur auf der Grundlage der konsequenten Verwirklichung dieser Beschlüsse ist eine Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Menschen möglich.

Die Delegierten des Bundestages beantragen auf dem Bundeskongreß in München nachstehenden Antrag einzubringen: „Der Bundeskongreß beschließt den Anschluß an den Weltgewerkschaftsbund.“

Der Antrag beweist, daß er nichts darstellt als die erneute Bekräftigung der von den Gewerkschaften seit ihrer Bildung eingenommenen Stellung zu dieser Frage. Es war deshalb auch eine Selbstverständlichkeit, daß die Delegierten des Neustädter Kongresses sich einmütig dafür entschieden.

Nun dafür zu sprechen, daß damit die Neutralität der Gewerkschaften nicht gewahrt worden sei, kann nur so verstanden werden, daß jede Entscheidung der Gewerkschaften, die nicht der parteipolitischen Auffassung der SPD entspricht, eine Verletzung der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften darstellt. Die Durchführung dieses Prinzips hätte nichts anderes zur Folge als die Aufhebung des Charakters der Gewerkschaften als eine überparteiliche wirtschaftliche Interessenorganisation aller Arbeiter.

Die SP-Kollegen des Kongresses, die diesem Antrag zustimmen, entscheiden ebenso wie die in anderen Parteien stehenden Kollegen über die nach ihrer Auffassung besten und notwendigsten Maßnahmen für die Entwicklung der Gewerkschaften.

Daß diese Entscheidung nicht für die Zusammenarbeit mit Organisationen wie der AofL ausfallen konnte, deren Tätigkeit in Europa in der Unterstützung der amerikanischen Ausbeutungspolitik besteht, war anzunehmen. Denn der Gewerkschafter kann keine Gemeinsamkeit finden mit denen, die ihm durch die Demontage des Arbeitsplatzes rauben und das Mitbestimmungsrecht verweigern.

Wenn diese einzige mögliche politische Auffassung nun im Widerspruch steht zur Politik einer Partei, die vorgibt, die Interessen der Arbeitenden wahrzunehmen, so ist nicht mehr die Auffassung des Mitgliedes die Grundlage der Politik der Partei, sondern die Politik dieser Partei wird bestimmt von einer Parteiführung, die anderen Interessen zum Erfolg zu verhelfen bestrebt ist.

Diese Interessen wahrzunehmen, wird ein immer schwereres Unterfangen und man schreckt dabei nicht vor Maßnahmen zurück, die in ihrer Zielsetzung eindeutig den Stempel der Aufhebung der parteipolitischen Neutralität

der Gewerkschaften tragen. Die nachstehenden Auszüge aus Rundschreiben der SP-Führung zeigen, auf welchem Weg versucht wird, dies zu erreichen.

An die Sozialdemokratische Partei Deutschlands Bezirksverband Südbaden

Werte Genossen!
Ich hatte Euch schon früher wiederholt dringend auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, daß sich unsere Partei in bedeutend verstärktem Maße um die Gewerkschaftsarbeit in Eurem Bereich kümmern muß. Leider müssen wir feststellen, daß diesbezüglich von Euch keine ernsthaften Schritte unternommen werden. Für die zehn stärksten Industrieverbände zu mindest müssen für jeden Verband ein zuverlässiger und aktiver Genosse bestimmt werden, der sich um die Zusammenfassung unserer Genossen kümmert, Besprechungen abhält und bei aller Beachtung der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften dafür Sorge trägt, daß die gewerkschaftsfeindlichen Elemente keine Möglichkeit finden, sich einzunisten.

Der Anlaß meines heutigen Schreibens ist der Verlauf des dritten Bundestages des bad. Gewerkschaftsbundes zu Neustadt. Ich empfehle allen Genossen Eures Bezirksvorstandes, sich das Organ „Die Bad. Gewerkschaft“ vom 15. 10. zu beschaffen. Dort lesen wir auf Seite 173, daß dieser Bundestag beschlossen hat (als Antrag an den Bundeskongreß in München) „Der Bundeskongreß beschließt den Anschluß an den Weltgewerkschaftsbund“. Der berichtete KP-Mann Faulhaber war einer der Referenten auf diesem Bundestag.

SPD-Parteivorstand
gez. Sigi Neumann

Werte Genossen!
Umstehend gehen wir einen Brief des Parteivorstandes Hannover zur Kenntnis...

Zum Verbandstag der Chemiegewerkschaft Badens haben wir uns der Mühe unterzogen, die Parteizugehörigkeit der Delegierten festzu-

stellen und konnten in Erfahrung bringen, daß nicht einmal ein Viertel der Delegierten Mitglieder der KPD waren. Trotzdem haben sich die gesamten Delegierten von den Kommunisten führen lassen, was deutlich darin zum Ausdruck kam, daß in der Diskussion über wichtige Fragen die KP-Sprecher diese beherrschten. So kam es ja auch dazu, daß der fanatische KP-Mann Faulhaber zum ersten Vorsitzenden und zum Landessekretär gewählt worden ist.

Wir haben im Bad. Gewerkschaftsbund und ebenso im Vorstand der künftigen Bezirksorganisation für jede Fachgruppe Vertrauensleute, die wir in irgendwelchen Angelegenheiten einschalten können. Die vordringlichste Aufgabe ist es, in den Untergliederungen der Gewerkschaften durch die Betriebsgruppen in den Betrieben innerhalb der Ortskartelle eine enge Zusammenarbeit der SPD-Mitglieder herbeizuführen.

SPD Land Baden
gez. Friedrich Stephan

Keinesfalls wird ein Gewerkschafter anerkennen, daß die parteipolitische Auffassung des einzelnen zur Kennzeichnung als gewerkschaftsfeindliches Element berechtigt. Maßgebend für eine solche Feststellung sind allein die Mitglieder der Gewerkschaften selbst, die durch die Kontrolle der Tätigkeit des einzelnen ihr Urteil darüber abgeben, in wie weit der einzelne den Beschlüssen und Statuten zuwiderhandelt.

Das Kesseltreiben soll nach obenstehenden Schreiben besonders gegen den Koll. Faulhaber eröffnet werden. Gegen einen Kollegen, dessen Tätigkeit bis heute noch keinen Anlaß zu einer Kritik bot, und der seine Kraft und sein Können immer nur einsetzte für die Interessen der Arbeiterschaft und die Stärkung der Gewerkschaften.

Was die Gewerkschaften, in ihrem schwierigen Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze, der Sicherung und Verbesserung der Realöhne

Der kleine Parteitag der südbadischen SPD

Am 12. und 13. November, tagte in Freiburg der Parteiausschuß der südbadischen SPD, über den die Öffentlichkeit im „Volk“ vom 15. November unterrichtet wurde.

In einer einstimmig angenommenen Entscheidung zur Frage des Südweststaates wurde der Mitgliedschaft zugestanden, in dieser Frage auch eine andere Auffassung haben zu können. Warum eine solche nicht verpflichtende Einmütigkeit?

In der Entscheidung kann selbst die Parteileitung nicht umhin zuzugeben, daß mit der Bildung des Südweststaates die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei nicht stark werden. Das Gerede über den Südweststaat muß deshalb als eine Ablenkung von jenen Forderungen gesehen werden, die jeder Arbeiter zur Verbesserung seiner Lage stellt. Weder die Parole Altbaden — Altwürttemberg, noch die Losung Südweststaat werden die wachsende Unzufriedenheit, die auch die Reihen der SPD nicht verschont, verdecken können.

Was die Rede des Landesvorsitzenden Jäckle anlangt, so ging sie an dieser Stimmung in den Reihen der SPD vollständig vorbei. Er würdigte zwar einleitend die Wahlergebnisse des 14. August, ließ aber die Einschätzung der Wahlergebnisse durch die Dürkheimer Tagung des Parteivorstandes am 31. 8. 49 in Vergessenheit geraten. Man muß aber an diese Tagung erinnern, denn dort wurde gesagt: „Das Wahlergebnis hat die Gefahr heraufbeschworen, daß die bisherige Wirtschaftspolitik fortgesetzt und die deutsche Arbeiterschaft ruiniert wird.“

Diese Feststellungen kommen der Realität der heutigen Lage näher als der Versuch Jäckles. Niemand kann darüber hinwegsehen, daß mit dem Ergebnis der Wahlen zum Bundestag die Positionen der Arbeiterschaft geschwächt wurden. In Südbaden konnte sich die CDU ihr absolutes Mehr zurückholen. Das wirkt sich gegen die gesamten Werktätigen

aber nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gegen die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei aus.

Jäckle sprach zwar in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit der Stärkung der SPD und der Gewinnung neuer Mitglieder, aber er sagte nichts darüber, für welche konkrete Politik sie gewonnen werden sollen. Erst recht nicht davon, daß in der heutigen Situation die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bitter nötig ist, um die Angriffe auf die Rechte des werktätigen Volkes abzuwehren. Das aber hätte die erste und wichtigste Schlußfolgerung sein müssen.

Nicht der Wille der Bevölkerung, sondern der CDU!

Große Enttäuschung hat Jäckles Stellungnahme in der Frage des Notopfers und seiner Abschaffung hervorgerufen. Er vertrat die Auffassung, daß erst dann gegen die Verlängerung des Notopfers eingetreten werden sollte, wenn es auch andere Länder nicht mehr verlängern.

Was heißt das denn? Jedermann weiß hier, daß parlamentarisch gesehen, die CDU hier, wie in anderen Ländern, die Möglichkeit hat, die Verlängerung des Notopfers durchzusetzen.

Jäckle richtete sich also nicht nach dem Willen der Bevölkerung und ihren Forderungen, sondern nach dem, was die CDU tut. Damit aber ist nichts getan, auch nicht für die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Denn es ist bekannt, daß sowohl auf der Tagung der südbadischen Gewerkschaften in Neustadt, als auch auf Betriebskonferenzen und in einer Reihe von Betrieben in einstimmig angenommenen Entschlüssen die Abschaffung des Notopfers gefordert wurde, weil diese Steuer weder noch länger berechtigt noch überhaupt tragbar ist. Deshalb wäre es die Pflicht des Parteiausschusses gewesen, im

Heute Landtagssitzung

Freiburg. Auf der Tagesordnung der heute in Freiburg beginnenden Landtagssitzung stehen u. a. die Regierungsvorlagen über das Badische Aufbaugesetz und ein Landesgesetz über das Feuerlöschwesen. Unter den Anträgen befindet sich der wichtige Antrag über die Festsetzung der Steuerfreigrenze der Weihnachtsgewinnungen auf 200.— DM.

Fortschreitender Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik

Halle. Das Chemiewerk Leuna hat seine Sauerstoffanlage soweit ausgebaut, daß es jetzt neben der Deckung des eigenen Bedarfs erhebliche Mengen auch an andere Industriewerke abgeben kann. Die Sauerstoff-Produktion belief sich im Oktober auf 342 000 cbm. Im laufenden Monat wird eine noch höhere Produktionsziffer erwartet.

Stalin-Wettbewerb der volkseigenen Güter

Halle. Anlässlich des 70. Geburtstages von Generalissimus Stalin führen die Landarbeiter und Angestellten der volkseigenen Güter und Maschinen-Ausleihstationen einen Wettbewerb durch. Im Wettbewerb werden eine Verbesserung der kulturellen Betreuung der Landarbeiter durch die volkseigenen Güter und die Maschinen-Ausleihstationen und die Bildung von Betriebsgruppen der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft angestrebt.

brauchen, ist nicht der Kampf in ihren eigenen Reihen, der immer nur fremden Zielen dienen kann.

Die vergangenen vier Jahre des gewerkschaftlichen Kampfes beweisen hundertfach, daß nur gemeinsames Handeln auf der Grundlage der Beschlüsse der Gewerkschaften das Los der Werktätigen verbessern kann. Dies war und ist besonders für die sorgenschwere Zukunft der einzige Weg, auf dem die Gewerkschaften die gestellten Aufgaben zu lösen im Stande sein werden. !

Interesse der Arbeiterschaft diese Forderungen aufzugreifen und die Abgeordneten der SPD zu verpflichten, sich auch in den Parlamenten für die Abschaffung des Notopfers einzusetzen. Das haben die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei jedenfalls erwartet. Leider vergebens.

Das Dürkheimer Programm müßte lebendig werden

Ohne Zweifel hätte der Parteiausschuß der SPD am 12. und 13. November der südbadischen Bevölkerung etwas bieten können. Dazu aber wäre es notwendig gewesen, die Forderungen des Dürkheimer Programms lebendig zu machen. Führen wir einige Punkte des Programms an:

Überwindung der Arbeitslosigkeit durch eine Politik der Vollbeschäftigung.

Stärkung der Kaufkraft und Erhöhung des Reallohnes.

Mitbestimmung der Arbeitenden in den Betrieben.

Sicherung der freien Entfaltung des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstandes.

Beschränkung der alliierten Einwirkungen auf bestimmte und reine Kontrollmaßnahmen. Das sind Forderungen, die der heutigen Lage entsprechen und an denen nicht nur die Mitglieder der SPD und die Kommunisten, sondern die ganze schaffende Bevölkerung interessiert ist. Deshalb dürfen sie nicht auf dem Papier der Dürkheimer Dokumente bleiben. Treten wir gemeinsam für sie ein, dann sind sie auch in der Tat zu verwirklichen.

Man kann sich nicht über den Willen der politisch oder gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hinwegsetzen. Wird oben versagt, dann muß und wird man von unten zum Richtigen sehen. Diese Lehre gilt es aus der Parteiausschußsitzung der SPD vom 12. und 13. November zu ziehen. A. F.

So hilft man in Südbaden der Jugend

Freiburg. Der völlige Mangel an finanzieller Unterstützung der Jugendpflegearbeit seitens der Stadt Freiburg und des Landes Baden veranlaßte den Stadt- und Kreisjugendbeauftragten von Freiburg und Leiter des Jugendbildungswerkes, ab 1. Dezember seine Funktionen niederzulegen. In der Begründung des Rücktritts wird festgestellt, daß weder das Jugendbildungswerk noch die Jugendorganisationen ihren Aufgaben mehr gerecht werden können, da sie selbst für die dringendsten Dinge keine finanziellen Mittel besitzen.

Es muß dabei betont werden, daß der Kreisjugendbeauftragte Mitglied der CDU ist, der gezwungen wird, in einem CDU-Staat und einer von einem CDU-Spitzenfunktionär geführten Stadtgemeinde seine Funktion niederzulegen. Dieses Beispiel zeigt die sich immer mehr verhärtenden Gegensätze zwischen den führenden Leuten der bürgerlichen Parteien auf, die sich als unfähig erwiesen haben, gegen den Druck der Besatzungsmacht Rückgrat zu zeigen.

Nicht einen Pfennig seit der Währungsreform

Seit der separaten Währungsreform erhielten die Jugendorganisationen in Südbaden so gut wie keinen baren Pfennig. Besonders die Stadt Freiburg dachte nicht im Entferntesten daran, ihren Verpflichtungen gegenüber der Jugend nachzukommen. Eine Stadtratssitzung nach der anderen verging, ohne daß trotz dringender Vorstellungen der Jugend-

organisationen aus dem Haushalt ein Zuschuß ausgeschüttet wurde. Erst im April/Mai des Jahres wurden 11 000 Mark vom Stadtrat genehmigt, von denen aber die Stadt gleich 7000 DM einbehielt für Miete und Licht im „Haus der Jugend“, um das die Organisationen ebenfalls Jahre hatten kämpfen müssen.

Von 24 Millionen nur 35 000 DM für die Jugend

Der Haushaltsplan Südbadens für das Etatsjahr 1949/50 ist noch nicht bekannt, da sein Entwurf angeblich noch nicht von der Militärregierung genehmigt wurde. Sieht man sich aber den Plan von 1948 an, so sind dort im Haushalt des Innenministeriums ganze 35 000 DM für die Jugendpflege des Landes vorgesehen! 1947 waren es noch 60 000 RM. Im Gegensatz dazu gibt der Staat aber allein für die reinen Verwaltungs- und Personalkosten des Ministeriums über 1 Million, für die Bezirksverwaltung etwa 2 Millionen DM, für die Polizei und Gendarmerie über 9 Millionen DM und für allgemeine Ausgaben etwa 1 1/2 Millionen DM aus. Der gesamte Haushalt des Innenministeriums sieht 1948 über 24 Millionen DM Ausgaben vor. Davon sollen also gerade der 700. Teil den Jugendorganisationen und der Jugendpflege zur Verfügung gestellt werden. Aber selbst da-

von haben die Jugendorganisationen noch nichts gesehen.

Trotz dieser Tatsachen reden die verantwortlichen Politiker in Partei- und Wahlversammlungen viel von ihrer Liebe und ihrem Verständnis gegenüber der Jugend. In ihren Handlungen können sie jedoch den Jugendorganisationen nicht genug andere Hindernisse auch noch in den Weg legen. Da ist z. B. der Kampf um Jugendheime, der sich gerade in der Stadt Freiburg über Jahre hinweg, bis acht Räume einer Schule in einem der südlichen Vororte den verschiedenen Organisationen zur Verfügung gestellt wurden. Die Tarife der Straßenbahn machten es aber mehreren Organisationen unmöglich, ihre Zimmer regelmäßig zu benutzen. Kurzerhand wurden daraufhin wieder zwei davon beschlagnahmt.

Auch bei Anträgen auf Verbilligung der städtischen Verkehrsmittel stießen die Jugendorganisationen bisher nur auf Widerstand. Selbst die Verwaltung der südwestdeutschen Eisenbahnen machte Einwände gegen Verbilligungsanträge zum Besuch von Jugend-Schulungskursen. Größere Wanderungen, Fahrten, 8- oder 14tägige Lager, Wochenend-schulungen und mehrtägige Landesschulungen der einzelnen Organisationen werden durch die angespannte finanzielle Lage der Jugendorganisationen und das Fehlen größerer Mittel in unerträglichem Maße behindert.

Auch Sport- und Skikleidung oder Wanderausrüstungen stehen nicht in genügendem

Maß und nicht billig genug zur Verfügung. Die Einnahmen der Jugendorganisationen bei Veranstaltungen, Konzerten, Tanzabenden usw., die eine gewisse Hilfe sein könnten, werden durch hohe Vergnügungssteuern ebenfalls illusorisch.

Die Zusammenarbeit der Jugendorganisationen

Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß trotz verschiedener Anschauungen und gelegentlicher Auseinandersetzungen eine fruchtbare Zusammenarbeit der Jugendorganisationen zustande kam und mehrere gemeinsame Aktionen durchgeführt wurden, die teilweise auch Erfolg hatten. Dabei ist vor allem die Zusammenarbeit in der Kampagne um das Jugendarbeitsschutzgesetz und den Jugendlaub hervorzuheben.

Ein Kernproblem aber bleibt im Augenblick die Regelung der finanziellen Zuschüsse seitens des Landes und der Gemeinden. Dieses Problem ist eine ernste Frage für alle Jugendorganisationen. Die Erfahrung hat bewiesen, daß ohne Kampf von Staat und Gemeinde nichts zu erwarten ist. Es wird also auch hier nötig sein, — gleich, welche Weltanschauung und Religion sie vertreten — wieder gemeinsam in Aktion zu treten für ihre gemeinsamen Interessen. Nur die gemeinsame Anstrengung führt zu einer Lösung der Probleme der Jugend. Aufgabe aller Jugendorganisationen ist es, im Interesse der ganzen Jugend alles Trennende zurückzustellen und alles zu fördern, was die Zusammenarbeit der Jugend begünstigt.

Veranstaltungskalender

Gewerkschaftsversammlung

Freiburg. Die Gewerkschaft öffentliche Dienste teilt uns mit: Am 27. Oktober 1943 tagten im Hotel „Viktoria“ in Freiburg die Bürgermeister der größeren und mittleren Städte Südbadens. Bei dieser Konferenz wurde von den anwesenden Bürgermeistern gefordert, das personelle Mitbestimmungsrecht der Betriebs- und Per-

Achtung Freiburger Genossen!

Merkt Euch vor: Am 4. Dezember, 19.30 Uhr, findet unser gemeinsamer Abend in der „Harmonie“ statt! Haltet Euch den Sonntagabend frei!

sonalräte im öffentlichen Dienst zu schmälern und aus diesem Grunde eine Abänderung des Betriebsrätegesetzes zu beantragen.

Die Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr wird zu dieser Forderung der Bürgermeister in einer Mitgliederversammlung Stellung nehmen.

Die Versammlung findet am Mittwoch, den 23. 11. 1943, 20 Uhr in den Wirtschafts-Räumen des Gewerkschaftshauses statt.

Elternabend der FDJ Freiburg

Freiburg. Am kommenden Sonntag um 15 Uhr findet in der Schenkendorfschule in Haslach ein Elternabend der FDJ Freiburg statt. Alle Freunde der Organisation, denen noch eine Einladung zugeleitet wird, sind herzlich eingeladen. Es wird gebeten, Kaffeegedeck mitzubringen.

„Medea“ in den städt. Bühnen

Freiburg. Die zweite Premiere der städt. Bühnen in dieser Woche bringt am heutigen Donnerstag, 24. November, eine neue Inszenierung der Grillparzer'schen „Medea“ (mit Henny Schneider-Wenzel in der Titelrolle). Regie: Roland Ricklinger. Diese Premiere findet im Anrecht der Donnerstag-Miete A statt, die morgen 10. „Theopanes“-Aufführung in der Freitag-Miete A und die nächsten Aufführungen von Grillparzer's „Medea“ in der Samstag-Miete A und Sonntag-Miete A.

Die dritte Premiere dieser Woche bringt am Freitag, 25. November, im Rahmen eines großen Ballettabends das „Capriccio italiano“ von Peter I. Tschaiakowski und „Boléro“ von Maurice Ravel und die Ballett-Burleske „Petruschka“ von Igor Strawinsky.

Baustoff-Unternehmer gegen Mehrurlaub

Freiburg. Die Landesvereinigung der Gewerkschaften Bau, Stein und Erde teilt uns mit, daß die Fachvereinigung Baustoff-Industrie einen Mehrurlaub für langjährige Arbeiter als „untragbar“ ablehnt. Die Arbeiter in den Betrieben dieser Industrie sind über diesen hartnäckigen Unternehmerstandpunkt sehr erbittert. Die Baustoff-Industrie ist die einzige Industrie, die durch dauernden Absatz noch keine Krisen-Wirkungen zu verspüren bekommen hat. Umso unverständlicher ist es, daß die Unternehmer dieser Gruppe als die einzigen die Gewährung eines Mehrurlaubs für langjährig beschäftigte Arbeiter über den gesetzlichen Mindesturlaub hinaus ablehnt.

Im Gegensatz zu der schroffen Haltung der Unternehmer der Baustoffindustrie konnte mit dem Baugewerbe und der Bau-Industrie eine befriedigende Urlaubsregelung abgeschlossen werden.

Generalversammlung der VVN Kreis

Singen — Stockach

Singen. Im überfüllten Burghofsaal fand am Sonntagvormittag die Generalversammlung der Verfolgten des Nationalsozialismus statt. Aus den meisten Orten der Kreise Singen und Stockach waren die Mitglieder erschienen. Der Landesvorsitzende Dobberkau gab einen kurzen Bericht über den Stand der Wiedergutmachung und die gesamtdeutsche Situation. Vordringlichste Aufgabe sei der Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands. Dobberkau unterstrich in diesem Zusammenhang die Ueberparteiliche Funktion der VVN, die mit allen demokratischen Parteien und Organisationen zusammenarbeiten wolle.

Dem bisherigen Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zum ersten Vorsitzenden wählten die anwesenden Mitglieder in geheimer Wahl mit großer Mehrheit Rudi Goguel. Ferner wurden sechs weitere Vorstandsmitglieder sowie die Delegierten zur Landeskonferenz gewählt.

Bergwacht Sulzburg ist auf dem Posten

Sulzburg. Am vergangenen Sonntag fand am Heubronnereck eine Sanitätsübung der Sulzburger Bergwacht statt, welche bewies, daß die Bergwacht wieder wie früher auf ihrer alten Höhe steht. Die Wintersportler werden sich in diesem Winter wieder voll und ganz auf die Hilfe der Bergwacht verlassen können.

Stromabschaltungen in Freiburg

Freiburg. Nach einer Mitteilung des Städt. Elektrizitätswerkes muß auf Verordnung des Badischen Wirtschafts-Ministeriums an jedem Wochentag, mit Ausnahme des Samstages, ein anderer Bezirk Südbadens von der Stromversorgung abgeschaltet werden. Die Stadt Freiburg i. Br. und die vom Städt. Elektrizitätswerk versorgten Vororte werden bis auf weiteres jeden Donnerstag von 8-11 Uhr und von 13-17 Uhr abgeschaltet. Ausgenommen sind nur lebenswichtige Betriebe, wie Gaswerk, Wasserwerk, und die öffentlichen Verkehrsbetriebe. Für alle Stromabnehmer, die an nicht abschaltbaren Versorgungsleitungen liegen, besteht für die genannte Zeit ein Stromentnahmeverbot. Außerdem ist mit so-

Protest der Kriegsoffer gegen soziale Ungerechtigkeit

Am vergangenen Sonntag fand in Freiburg eine Landeskonferenz des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen und Sozialrentner-Selbsthilfeorganisation e.V. für Baden, wie sich der Verband der Körperbeschädigten, Arbeitsinvaliden und Sozialrentner umbenannt hat, statt. Nachstehend veröffentlicht wir im Wortlaut die auf der Konferenz angenommenen Entschlüsse und Forderungen.

Entschluß zur Soforthilfe

Die Landeskonferenz des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen und Sozialrentner für Baden gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß in dem Landesgesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände (Soforthilfegesetz) vom 20. 9. 49 die Forderungen des Verbandes keinen Niederschlag gefunden haben.

In zahlreichen Zuschriften an den Verband bringen Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene und Sozialrentner ihre Entrüstung darüber zum Ausdruck, daß sie

trotz ihrer für das Volk gebrachten Opfer an Gesundheit und des Verlustes des Ernährers in demselben Umfang zur Vermögensabgabe herangezogen werden wie alle anderen Abgabepflichtigen.

In vielen Fällen wird sogar der Vermögensteil zur Abgabe herangezogen, der mit

Hilfe der Rentenkapitalabfindung erworben wurde, obwohl die für die gebrachten Opfer gewährten Renten durch die Abfindung heute noch gekürzt sind. Ein großer Teil von Kriegshinterbliebenen, der keine oder nur geringe Rente erhält, ist ebenso abgabepflichtig. Die betroffenen Opfer des Krieges und der Arbeit protestieren gegen soviel soziale Ungerechtigkeit, die niemals in der Absicht des Gesetzgebers gelegen sein kann.

Die Landeskonferenz erwartet, daß entsprechend dem Schreiben des Landesvorstandes vom 10. 11. 49 an das Finanzministerium den Kriegs- und Unfallbeschädigten, Hinterbliebenen und Sozialrentnern, die Vermögensabgabe gestundet wird und hofft, daß dieser letzte Appell an die verantwortlichen Stellen richtig verstanden wird.

Entschluß gegen die Renten-Kürzung

Die Landeskonferenz hat davon Kenntnis genommen, daß die Versorgungsbezüge der Kriegsbeschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30 bis 60 v. H. und der Versichertenstufen I und II bis heute noch nach dem im Jahre 1945 gekürzten Sätzen ausbezahlt werden, während die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten, sowie die Sozialversicherungsrenten erhöht und die Pensionskürzungen für die Beamten und ihre Hinterbliebenen mit Wirkung vom 1. 8. 1949 aufgehoben wurden.

Die heute zur Auszahlung gelangenden Ren-

ten für die Kriegsbeschädigten, die schon vor Jahrzehnten festgesetzt und im Jahre 1945 gekürzt wurden, stellen heute bei der anhaltenden Teuerung keine angemessene und ausreichende Entschädigung für die erlittenen Gesundheitsschäden dar.

Aus diesem Grund müssen die Kriegsbeschädigten erwarten, daß ihre Rente der Teuerungslage angepaßt und die Kürzung mit Wirkung vom 1. 8. 1949 unverzüglich aufgehoben wird. Die politischen Parteien und die Abgeordneten werden gebeten, für diese gerechte Forderung einzutreten.

Forderungen zum Bundesversorgungsgesetz

Die Konferenz ist der Auffassung, daß für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen wieder ein besonderes Versorgungsrecht und eine vom Staat verantwortlich beaufsichtigte und ihm unterstellte Versorgungsverwaltung geschaffen werden muß.

Das Reichsversorgungsgesetz (RVG) aus der Weimarer Republik hat sich durch weitgehenden sozialen Gehalt die Anerkennung der Versorgungsberechtigten erworben. Es muß daher bei der Neugestaltung der Versorgung durch den Bundestag die Grundlage bilden.

In Fortentwicklung des Versorgungsrechts soll dem dringenden Bedürfnis Rechnung getragen werden, daß jedem Kriegsbeschädigten für den erlittenen Gesundheitsschaden und für die damit verbundene allgemeine wirtschaftliche Schädigung in jedem Fall, ohne Rücksicht auf etwaiges Einkommen, eine Grundrente gewährt wird.

Bei nachweisbarer Minderung der Erwerbsfähigkeit durch den Gesundheitsschaden ist je nach dem Umfang der Erwerbsminderung eine Zusatzrente als Rechtsanspruch und eine Zulage entsprechend dem Beruf des Beschädigten zu gewähren. Hierzu sollen Kinderzulagen und für verheiratete Schwerbeschädigte eine Frauenzulage kommen. Grundrente, Zusatzrente und Berufszulage sollen die Vollrente bilden. Die Bedürftigkeit muß außer Betracht bleiben.

Die Landeskonferenz erwartet, daß auch den Hinterbliebenen grundsätzlich ein Rechtsanspruch auf Versorgung gesichert wird und man von dem System der Prüfung der Bedürftigkeit Abstand nimmt. Die Witwenrente soll 30 v. H. der Vollrente eines erwerbsfähigen Beschädigten betragen. Sie ist zu erhöhen, auf 50 v. H., solange die Witwe wenigstens 1 waisenrentenberechtigtes Kind versorgt oder das 45. Lebensjahr erreicht hat. Nach Vollendung des 50. Lebensjahres der Witwe oder beim Nachweis einer Erwerbsminderung von 50 v. H. ist die Witwenrente auf 60 v. H. zu erhöhen.

Sofort die Beschädigten wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit und die Hinterbliebenen infolge Krankheit, vorgerückten Alters oder der Erziehungspflicht gegenüber ihren Kindern nicht mehr imstand sind, sich durch den Ertrag ihrer Arbeit zu unterhalten, muß ihnen eine Versorgung und Fürsorge zuteil werden, die dem Lebensstandard des Erwerbstätigen entsprechen.

Wir unterstreichen nachdrücklich die gerechten Forderungen des Verbandes, behalten uns jedoch vor, im Rahmen eines zugesagten Interviews mit dem Geschäftsführer des Verbandes, Herrn Schlageter, auf verschiedene Dinge zurückzukommen und dieselben zu kommentieren. (Die Redaktion)

Gaggenau berichtet

Die Gemeinde hat keine Mittel

Gaggenau. In der letzten Stadtratssitzung wurde die Erhebung der Beiträge für die Befestigung der Gehwege besprochen. Es besteht eine Satzung, wonach die Anlieger 50 Prozent des tatsächlichen Aufwandes bei der erstmaligen Anlage zu zahlen haben. Die Kosten, die seinerzeit veranschlagt wurden, sind aber inzwischen auf mehr als das Doppelte angewachsen. Die Stadt ist nicht in der Lage, von sich aus an die Befestigung der Gehwege heranzugehen. Wenn also ein Anlieger die Befestigung des Gehsteiges wünscht, kann dies nur ganz auf seine Kosten geschehen. Auch dies ist eine Folge der in Westdeutschland betriebenen Politik der Preissteigerungen.

In der Frage der Uebernahme von Ausfallhaftungen für Baudarlehen wurde festgelegt, daß in Zukunft nur noch die dringendsten Fälle berücksichtigt werden können, bei denen die Bauarbeiten schon soweit fortgeschritten sind, daß tatsächlich bald Wohnraum zur Verfügung steht.

Versammlung der Kleintierzüchter

Gaggenau. Vor Kurzem hielt der Kleintierzuchtverein Gaggenau eine gut besuchte Monatsversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand als wichtigster Punkt, die am 3. und 4. Dezember 1949 im Saalbau der Deger-Gaststätten stattfindende Kreisgeflügelzucht des Kreises Baden — Rastatt im Bund deutscher Rassegeflügelzüchter. Von den bis jetzt geleisteten Vorarbeiten wird mit Befriedigung Kenntnis genommen. Der Werbewort für Geflügel wünscht für die Zukunft noch Anschaffung uns noch fehlender Rassen. Freunde unserer schönen Sache sollen gewonnen und beraten werden. Die Zuchtverbewarte für Kaniinchen ließen eine ziemlich harte Kritik über die einseitig geleistete Züchterarbeit des Jahres über ihre Kameraden ergehen. Nachdem die Futter- und Fleischfrage etwas gelockert ist, sollen auch wieder eine Vielzahl von Rassen unsere Ausstellungen beleben. Der Vorstand schloß die Versammlung mit der Aufforderung an die Züchter, zusammen zu halten und mit der Ausstellung zu beweisen, daß es im deutschen Volk und insbesondere in unserer engeren Heimat doch noch Idealisten gibt.

Freier Hausfrauen-Nachmittag muss Gesetz werden

Waldkirch. In einem Waldkircher Geschäftshaus forderten die weiblichen Angestellten vor kurzem die Gewährung eines freien Nachmittages zur Erledigung ihrer Hausarbeiten. Ein solcher freier Nachmittag ist ein besonderes Bedürfnis dieser Angestellten, weil sie tagaus tagein bis spät abends arbeiten müssen, auch am Samstag und dem sonst üblichen freien Mittwochnachmittag. So wäre die Forderung schon allein vom menschlichen Standpunkt aus mehr als berechtigt.

Der Waldkircher Geschäftsmann B. aber nahm Anstoß an den Wünschen seiner weiblichen Angestellten, die zum Teil verheiratet sind und doch ihren Haushalt zu betreiben haben, und war über diese Forderung äußerst empört. Einen Gewerkschaftler, der die Forderungen der Angestellten unterstützte, „beschul-

digte“ er als „bösen Kommunisten“. Wir wissen, daß es sich dabei keineswegs um einen Kommunisten, wohl aber um einen aufrechten Gewerkschaftler handelt. Er kann versichert sein, daß er bei seinen gerechten Forderungen aber auf jeden Fall immer die Unterstützung der Kommunisten finden wird.

Da sich solche Fälle in Waldkirch mehren, fühlen wir uns verpflichtet, alle diese Fälle öffentlich aufzugreifen. Es geht nicht, die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer immer abzulehnen und sein „soziales Empfinden“ nur in Worten zum Ausdruck zu bringen.

Diese Fälle zeigen deutlich, wie notwendig eine gesetzliche Verankerung des bezahlten freien Hausfrauennachmittages ist, wie es die KPD schon lange fordert. Die Gewerkschaften müßten auf diese Forderungen der Hausfrauen viel mehr Augenmerk legen. Jeder Arbeiter und Angestellte kann dafür sorgen, daß dies geschieht, wenn er selbst aktiv für eine gesetzliche Verankerung des freien Hausfrauennachmittages eintritt und seine Gewerkschaft mobilisiert.

Die ersten Notstandsarbeiten in Villingen

Villingen. In der letzten Stadtratssitzung befürworteten die Gemeinderäte den Vorschlag des Bürgermeisters, wonach verschiedene für das nächste Jahr geplante Straßenbau-, Kanalisations- und dergleichen Arbeiten, mit einem Kostenaufwand von 30 000 DM sofort ausgeführt werden sollen, um so die sonst fälligen Arbeiterentlassungen bei hiesigen Tiefbaufirmen zu verhindern.

Diese Maßnahme jedoch, die nur den in Beschäftigung stehenden Arbeitern zugute kommt, wird die Notwendigkeit der Durchführung von Notstandsarbeiten größeren Stils nicht mindern. Es muß endlich daran gegangen werden, den vielen Erwerbslosen durch öffentliche Arbeiten geeignete Verdienstmöglichkeiten zu schaffen.

Frau Müller sticht Shakespeare aus

Kurzgeschichte von Hans Martin

Der Stadtrat hatte weitere Subventionen für das Theater abgelehnt. Der Bürgermeister verkündete mit tönernder Stimme, daß die Schauspieler es selbst fertigbringen müßten, das Theater und sich selbst zu erhalten. „Durch bessere Stücke und höhere Darstellungskunst“, hatte er hinzugefügt.

Der Intendant seufzte. „Bessere Stücke“, hob er seine Stimme, „was meint er denn damit? Wir haben die besten Stücke der Welt gespielt!“

Waldemar sagte: „Lebensnaher meint er.“ In diesem Augenblick wandte sich Egon um, als sei ihm ein Gedanke gekommen. „Hört mal her“, sagte er, „ich hab's. Ich weiß, was wir spielen. Aber ich muß es erst schreiben.“ Hoffnung glomm in den Gesichtern auf.

In den nächsten Tagen war viel los in dem kleinen Theater. Egon schrieb und schrieb. Er wurde mit Zigaretten und Kaffee versorgt. Man erkannte ihn kaum im Dunst des verqualmten Zimmers. Er ging auf und ab, und still in einer Ecke saß auf einem Schemel eine unscheinbare alte Frau und strickte. Diese Frau schien die größte Rolle zu spielen. Der alte Waldemar brachte ihr das Essen aus der Kantine und Marion begleitete sie in der Dunkelheit aus dem Hause. Das neue Stück stand und wurde angekündigt.

Die Premiere war so schwach besucht wie immer. Aber es dauerte keine halbe Stunde und diese wenigen Leute tobten vor Vergnügen.

Am nächsten Abend war das Theater fast voll und am übernächsten ausverkauft. Das Gebäude dröhnte vom Gelächter und unsere Schauspieler waren selig.

Am dritten Tag rief der Bürgermeister verärgert an: „Sagen Sie mal, was spielen Sie da eigentlich?“

„Aufruhr im Wohnungsamt“.

„So. Da kommt gerade der Stadtrat Hinz zu mir und behauptet, man stelle ihn selbst dar, ihn und sein Wohnungsamt“.

„Unsin! Herr Bürgermeister, zufällige Ähnlichkeiten“.

„Aber die Zuschauer nehmen es alle an.“ „Ganz unverständlich, Herr Bürgermeister.“ Es knackte im Apparat.

„Wer hat denn das Ding geschrieben?“

„Geschrieben? Eine gewisse Frau Müller.“

„Wer ist denn das?“

„Oh, auch die Autorin unseres nächsten Stückes.“ „Wie heißt es?“

„Die Skatabelle des Bürgermeisters.“ Eine lustige Sache, Herr Bürgermeister, ganz leicht und lebensnah. Mit einem Schuß Liebe und so weiter. Der Bürgermeister ächzte. „Auch von Frau Müller?“

„Ja. Ich hoffe, wir werden auf Wochen ausverkauft sein.“ Es blieb etwas still im Apparat, dann sagte der Bürgermeister:

„Das wäre ja sehr zu wünschen. Sagen Sie, wer ist denn diese Frau Müller?“

In der nächsten Stadtratssitzung wurde als Punkt 1 eine neue städtische Kulturpolitik gefordert. Der Sehnsucht der Bevölkerung nach gepflegter Unterhaltung müsse Rechnung getragen werden. Das hohe geistige Erbe der Vergangenheit erfordere den Einsatz aller Kräfte und Mittel. Die Subvention für das Theater wurde einstimmig gebilligt. Als Punkt 2 erörterte man die Einsparung von Arbeitskräften und es wurde wohlwollend einstimmig beschlossen, Frau Müller zu kündigen, die bisher — die Toiletten des Rathauses unter sich hatte. Frau Müller übernahm eine ähnliche Stellung im Theater.

Dort spielte man jetzt indes „Hamlet“ und das Theater wurde zusehends wieder leerer.

Sport und Spiel

Der Sport im Bezirk Baden-Baden
 Südbadische Landesliga: SC Baden-Baden — ASV Furtwangen; ASV Freiburg — Spvg Rheinfelden; SV Göttingen — SV Emmendingen; ASV Schopfheim — VfR Stockach; Blau-Weiß Freiburg — Rot-Weiß Lörrach; ASV St. Georgen — SV Achern; Spvg Ottenau — SV Gutach.

Bezirksklasse Baden-Baden, Staffel Nord: Niederbühl — Gaggenau; Durmersheim — Kuppenheim II; Elcheheim — Oetigheim; Rastatt II — Bietheim; Muggensturm — Illingen; Au a. Rh. — Bietheim. — **Staffel Süd:** Fautenbach — Sandweier; Achern II gegen Oos; Sinzheim — Lauf (fällt aus); Baden-Baden II; Kappelrodeck; Bühlertal — Söllingen; Ifezheim — Bühl.

Kreisliga, Staffel Mürg: Forbach — Ebersteinburg; Ottenau II — Rotenbach; Michelbach — Gernsbach; Selbach — Hördern; Loffenau II — Staufenberg. — **Staffel Bühl:** Bühl II — Waldum; Weltenung — Vimbuch; Varnhalt — Oensbach; Ssbach gegen Stollhofen; Unzhurst — Oberschern; Neusatz gegen Oos.

Juniorenklasse: Bischofer — Rastatt; Hördern — Baden-Baden; Jugend, Staffel Haardt: Steinmauern — Oetigheim; Illingen — Au a. Rh.; Hatten-ebenstein — Durmersheim. — **Staffel Mürg:** Kuppenheim — Gaggenau; Forbach — Rastatt; Ottenau — Rotenbach. — **Gruppe Süd, Staffel I:** Unzhurst — Waldum; Kappelrodeck — Vimbuch; Bühl — Waldum; Bühlertal — Achern II. — **Staffel II:** Weltenung — Baden-Baden II; Sinzheim I — Sinzheim II; Varnhalt — Ifezheim. — **B-Jugend:** Gernsbach — Durmersheim; Hördern — Niederbühl.

Handball-Zonenliga, Staffel Südbaden: Lörrach — Offenburg; Schiltach — Niederbühl; VfL Freiburg gegen Hailingen; Lehr — Fortuna Freiburg; Schutergwald — Zähringen.

Löffingen I — Blumberg I 4:1 (2:1)

Beide Mannschaften traten ersatzgeschwächt zu diesem Treffen an. Nach wechselvollem Spiel gelang es schließlich der Platzelf der Führungstreffer zu erzielen (Deckungsfehler der Gäste) 10 Minuten später erzielte Blumberg durch gute Stürmerleistung den Ausgleich. Im Anschluss konnte Löffingen durch ausgezeichnete Leistungen auf 2:1 erhöhen, so ging es in die Halbzeit.

Nach Wiederantritt gelang es Löffingen zum 3:1 einzusenden. Obwohl Blumberg während des gesamten Spieles dominierend und die technisch bessere Mannschaft war, erhöhte die Platzelf auf 4:1.

Es werden auch für die weiteren Gegner des SV Löffingen die Trauben sehr hoch hängen. Der Solausgang gegen die technisch vorsierten Blumberger, hat die kämpferischen Qualitäten der einheimischen Elf bewiesen.

Wie lächen im Rindfunk

Südwestfunk
 Freitag: 11.00 Höre jeder, der es mag; 13.00 Die Arbeitertribüne; 16.15 Gut Freund mit Affen (Heinz Kohlas); 19.00 Zeitfunk; 19.40 Tribüne der Zeit; 20.00 Kammermusik; 22.45 Bunte Sendung.

Samstag: 11.00 Froher Klang am Vormittag; 14.00 Wir jungen Menschen; 14.30 Musik! Musik! 15.30 Der Rechtsplegel; 18.30 Sportrundschau; 18.30 Opernmelodien; 19.40 Tribüne der Zeit; 0.15 „Rendezvous der Jazzfreunde“.

Sender Leipzig

Freitag: 12.15 Landw. Umschau; 12.50 Das Ministerium der Industrie spricht zu den volkseigenen Betrieben; 15.00 Sowjetische Kammermusik; 20.00 Opernkonzert; 22.30 Blick nach Osteuropa.
Samstag: 14.20 Gern Gehörtes — Unbeschwertes; 15.30 Kinderfunk; 15.40 Jugendfunk; 16.00 „Ich freue mich auf den Sonntag“; 17.30 Zeitgeschehen vom Funk gesehen; 19.45 Chronik der Woche; 20.00 Bunter Unterhaltungskonzert für die Volkssolidarität Wurzen; 22.00 Sendung für Westdeutschland; 22.40 Nachts geht das Telefon.

Portugal-Reise des HSV perfekt

Nachdem nun auch die FIFA ihre Zustimmung zur Portugal-Reise des Hamburger SV gegeben hat, wird der norddeutsche Meister am 29. November mit einem Sonderflugzeug nach Portugal fliegen, um am 1. Dezember gegen den Landesmeister Sporting Lissabon und am 4. Dezember gegen Oporto zu spielen.

Schweden nicht zu schlagen

Auf ihrer Westdeutschlandreise starteten die Schwimmer und Wasserballer von Elfsborg Boras am Mittwoch in Aachen. Das Elisabeth-Bad war ausverkauft und damit die richtige Kulisse für den

Rabeneck-Stall:

Erfolgreichste Mannschaft der Saison 1949

Der „Radsport“ bringt in seiner Ausgabe vom 7. November einige Aufstellungen über die Erfolge der deutschen Berufsfahrer bei Straßenrennen. Unter Berücksichtigung der zehn besten Fahrer ergibt sich folgendes Bild in der Mannschaftswertung, einmal bei reinen Straßenrennen und Rundfahrt-Etappen, und einmal in der Gesamtübersicht bei Straßen-, Etappen- und Rundstreckenrennen.

- Reine Straßenrennen und Rundfahrt-Etappen**
1. Rabeneck Sager 89 Punkte (3.), Holthöfer 63 Punkte (8.), Steinhilb 51 Punkte (9.); insgesamt 203 Punkte.
 2. Patria WKC: Bautz 125 Punkte (1.), Berger 46 Punkte (10.); insgesamt 174 Punkte.
 3. Bauer: Müller 68 Punkte (5.), Weimar 65 Punkte (6.); insgesamt 133 Punkte.
 4. Bismarck: Pankoke 89 Punkte (2.).
 5. Expreß: Pfannenmüller 77 Punkte (4.).
 6. Dürkopp: Ziegler 63 Punkte (7.).

Ein Hund beendete Rehad-Versuche

Nach dem verheißungsvollen Start des von Petermax Müller inszenierten Weltrekordversuchs auf bestehende Bestleistungen der 1,1 Liter-Klasse mußte das Unternehmen am vergangenen Mittwoch, um 22.03 Uhr, vorzeitig abgebrochen werden. Im Anschluß an die von Paul Schweder vorgenommene sechste Ablösung nahm der Wagen Aufenthalt an den Boxen, um in 4:11 Minuten den ersten Reifen- und Ölwechsel vorzunehmen, den Tank aufzufüllen und sogar eine Scheinwerferbirne auszuwechseln.

Als er dann wieder davonpreschte, sprang ein Gang der Friedhofsmauer bei einer Geschwindigkeit von 138 km/std ein Hund gegen das Fahrzeug. Im Hinblick auf die sehr niedrige Karosserie blieb Schweder nichts anderes übrig, als sofort Gas wegzunehmen und mit der Bremse Fühlung zu erhalten. Dabei geriet der Wagen ins Schleudern und drehte sich schließlich dreimal um seine eigene Achse, um alsdann mit der linken Seite gegen die Friedhofsmauer gedrückt zu werden.

Mit eigener Kraft, wie es dem internationalen Reglement entspricht, machte Schweder das Fahrzeug wieder flott und fuhr es an die Boxen. Dort stellte sich heraus, daß die linke Vorderachse durch den Anprall beschädigt worden war. Da die Ausbesserung längere Zeit in Anspruch nimmt, mußte der Rekordversuch eingestellt werden.

Bis zu diesem bedauerlichen Zwischenfall waren 20006 km zurückgelegt. Für die Bewältigung dieser Distanz hatte die Mannschaft nur 17:13 Stunden einschließlich aller notwendigen Aufenthalte benötigt und mit 119,8 km/std einen Gesamtdurchschnitt

mit Spannung erwarteten Wasserballkampf zwischen einer westdeutschen Auswahl sieben und der bekannten schwedischen Meisterleben. Die Westmannschaft traf hierbei auf einen Gegner, der vor allem schwimmlich und in der Ausnutzung der sich bietenden Torchancen ausgezeichnet gefiel. Das 4:4 sprach durchaus für die skandinavischen Gäste.

In den schwimmportlichen Wettbewerben kam der erst siebenjährige schwedische Nachwuchs-krauler Svantesson in 1:05,5 Min. über 100 m Kraul zu einem leichten Siege, da Rups Köninger (MTV Braunschweig) sich nicht ausschwamm. Die 100 m Rücken holte sich Heilbrunn in 1:16,9 Min. vor dem Geisenkirchener Winter (1:17,9) und die 100 m Brust fiel nach Kampf an den Wuppertaler Korte (1:14,0), der Andersson (1:14,2) knapp abging.

Weitere Ergebnisse: Sechsmal 50-Meter-Lagenstaffel: 1. Elfsborg Boras 3:23,0; 2. Aachen 06 3:36,5; Sechsmal-50-Meter-Kraul: 1. Bosas 300; 2. Aachen 06 3:06,1; Frauen: 100 Meter Rücken: 1. Maria Neukirch (Aachen) 06 1:33,9. Wasserball: Elfsborg Boras — Aachen 06 7:0 (3:0); Westauswahl — Elfsborg Boras 4:4 (1:2).

14 Europäer überspringen 2 Meter

Noch nach dem offiziellen Abschluß der Leichtathletik Saison 1949 ist es als erstem sowjetischen Hochspringer Iljassow gelungen, die heiß begehrte 2-Meter-Höhe zu überspringen. Allein in der diesjährigen Saison hat sich die Zahl der europäischen 2-Meter-Springer um drei vermehrt: Danatio (Frankreich), Reiz (Schweden) und Iljassow (Sowjet-Union). Nunmehr hat Europa bereits 14 2-Meter-Springer, unter denen sich auch zwei deutsche Leichtathleten befinden. Es sind dies:

- 2,04 m Metkas-Finnland 1936
- 2,02 m Patterson-England 1947
- 2,02 m Damitlo-Frankreich 1949
- 2,017 m Kallma-Finnland 1936
- 2,01 m Perälä-Finnland 1934
- 2,01 m Nacke-Deutschland 1944
- 2,01 m Lindencrantz-Schweden 1946
- 2,005 m Bodoss-Ungarn 1934
- 2,00 m Weinkötz-Deutschland 1937
- 2,00 m Nicklen-Finnland 1939
- 2,00 m Stal-Norwegen 1946
- 2,00 m Oedmark-Schweden 1941
- 2,00 m Iljassow-Sowjetunion 1949
- 2,00 m Reiz-Schweden 1949.

Heiß ohne Selbstvertrauen

Denke durch k.o.-Sieg in der 8. Runde neuer Federgewichtmeister

Durch einen k.o.-Sieg eroberte der Berliner Welter Denke am Sonntagabend in der vollbesetzten Sporthalle am Berliner Funkturm den Meistertitel im Federgewicht von dem Titelhalter Heß, Darmstadt.

Die Berliner Boxsportfreunde erlebten nach jahrelanger Pause mit dem Kampf Hess-Denke wieder einen Titelkampf in einer der leichteren Gewichtsklassen. Der Meister kam mit einem Knapp unter der Höchstgrenze liegenden Gewicht in den Ring, und es schien, daß er nur mit Schwierigkeiten das vorschrittsmäßige Limit einhalten konnte. Seine farblose Leistung bestätigte diese Vermutung, denn er war gegen den aggressivsten Denke vom ersten Gongschlag an auf der Verliererstraße. Nach den ersten vier verhältnismäßig ausgeglichenen Runden, kam der Herausforderer mit langen Haken auf Körper und Kopf immer klarer durch. In der 5. Runde ging Hess auf einen Leberhaken kurz zu Boden. Von da an ließ der Meister jegliches Selbstvertrauen missen, wurde in der 7. Runde wegen unsauberen Boxens verwarnet und ließ sich in der 8. Runde nach einem erneuten Niederschlag ausziehen.

Berlin hat mit dem 26jährigen Denke nach längerer Pause wieder einen Meister im Berufsboxsport.

Kreitz k.o.-Sieger

Jean Kreitz Aachen schlug im Hauptkampf einer Aachener Berufsboxveranstaltung den Münsteraner Sapion I bereits nach zwei Minuten durch k.o., nachdem er seinen Gegner vorher bereits dreimal auf die Bretter geschickt hatte.

Der Eßlinger Langstreckler Otto Eitel, der heute mit 40 Jahren auf der Höhe seines Könnens steht, hat sich vom aktiven Sport zurückgezogen. Für seinen Rücktritt gab er folgende Gründe an: Das zeitraubende Training habe ihm zwar viele Titel eingebracht, aber beruflich geschadet. Er sei heute noch immer der kleine Mechaniker von ehemals. Die Sorge für seine Familie, da er mit der Währungsreform alles verlor, habe seiner sportlichen Laufbahn ein Ende gesetzt.

Selbstmordziffer steigt rapide

Düsseldorf. Die Polizeidienststellen von Nordrhein-Westfalen melden jetzt für September im Vergleich zum August ein erhebliches Ansteigen der Selbstmordziffern. Die Zahl der Selbstmorde stieg von 149 auf 178 Fälle, die Zahl der Selbstmordversuche belief sich auf 70. Unter den 178 Personen, die Selbstmord verübten, befanden sich 63 Frauen.

Bekanntmachung der Stadt Freiburg

Abendfachkurse
 Ab Montag, 5. Dezember 1949, beginnen folgende Lehrgänge:
Allgemeine Betriebswirtschaftslehre:
 Donnerstag, 2 Stunden
Kaufmännisches Rechnungswesen:
 Dienstag, 2 Stunden
Buchführung:
 Für Anfänger, Dienstag und Donnerstag je 2 Stunden
 Für Fortgeschrittene (Durchschreibebuchführung) Montag und Freitag je 2 Stunden
Wiederholungskurs für die kfm. Gehilfenprüfung:
 Mittwoch und Donnerstag je 2 Stunden
 Dienstag und Freitag je 2 Stunden
Praktische Prüfung der Faserstoffe (Textilkunde):
 Donnerstag 2 Stunden in Haslach (Chemiesaal)
Entwicklung der Deutschen Sprache und Dichtung:
 Dienstag 2 Stunden
Gutes Deutsch:
 (Rechtschreibungs- und Stilfragen) Montag 2 Stunden
Psychologie und Lebenspraxis:
 Freitag 2 Stunden
Französisch:
 Einführung i. d. Sprache und Handelskorrespondenz I. Anfänger Mittwoch 2 Stunden
 Handelskorrespondenz für Fortgeschrittene Mittwoch 2 Stunden
Englisch:
 Einführung i. d. Sprache und Handelskorrespondenz I. Anfänger Montag und Donnerstag je 1 Stunde
 Handelsprache u. Handelskorrespondenz für Fortgeschrittene Montag und Donnerstag je 1 Stunde
Esperanto:
 Mittwoch 2 Stunden
Kurzschrift:
 Für Anfänger Dienstag 2 Stunden
 Für Fortgeschrittene Montag 2 Stunden
Maschinenschriften:
 Mittwoch 19-21 Uhr in Haslach Zimmer 12.
 Die Lehrgänge dauern 12 Wochen und finden jeweils von 19-21 Uhr oder nach Vereinbarung in den Zimmern Nr. 7-11 (Erdgeschoß Nordostteil) der Lessingschule statt; die Kurse in Textilkunde und Maschinenschriften werden im Chemiesaal bzw. in Zimmer 12 der Pestalozzischule in Haslach abgehalten.
 Die Kursgebühren betragen bei 2 Wochenstunden 10.— DM, bei 4 Wochenstunden 20.— DM.
 Anmeldungen vom 21. November bis 3. Dezember 1949 unter Entrichtung der Kursgebühr im Sekretariat der Handelsschule, Freiburg-Haslach, Staufenstr. 3 (Pestalozzischule), I. Stock, Zimmer 10, von 8 bis 18 Uhr.
 Freiburg i. Br., 18. November 1949.
 Direktion der Handelshochschulen Freiburg i. Br.

Amtliche Bekanntmachung

Amtliche Feststellung der Straßen- und Baufluchten im Gebiet der Altstadt Freiburg i. Br.
 Auf Antrag des Bürgermeisteramtes der Stadt Freiburg ist die amtliche Feststellung der Straßen- und Baufluchten im Gebiet der Altstadt Freiburg beabsichtigt.
 Etwasige Einwendungen gegen dieses Vorhaben sind bei Vermittlung des Ausschusses binnen 6 Wochen — vom Tage der Veröffentlichung an gerechnet — beim Städtischen Tiefbauamt in Freiburg, Schloßbergstraße 7, geltend zu machen. Pläne und Beschreibungen liegen dort zur Einsichtnahme auf.
 Wegen der großen Zahl der Beteiligten sind die in dem besonderen Benachrichtigungsschreiben angeführten Zeiten für die Einsichtnahme der Pläne einzuhalten.
 Freiburg i. Br., den 19. November 1949.
 Polizeidirektion — Abt. V —

FILM

Adler-
Lichtspiele Achern-Oberachern

Nur Freitag 20.00 Uhr. Sonntag 15.00, 17.30 u. 20.00 Uhr. Montag 20.00 Uhr:

Liebesbriefe aus dem Engadin
 Eine heitere Filmkomödie aus dem Hochgebirge mit Louis Trenker u. Charlotte Daudert.

Nur Dienstag und Mittwoch 20.00 Uhr:

Der Elefantentoy
 Einer der schönsten Tierfilme, der je gedreht wurde. Sabu führt Sie in die Geheimnisse des Dschungels.

Mittwoch 15.00 Uhr:
 Jugend-Vorstellung:
 „Der Elefantentoy!“
 Jugendliche bis 14 Jahre halbe Preise.

Konstanz
jetzt
Merzhauserstr. 26

Malarbeiten und Tapetenkleben Ehepaar sucht vom 3. bis 17. 9. ein-sauber u. billig. Verpfleg. im Ang. (1 von Eutin nach) Suche Heide ändern, frag. i schnell eing. Haus-licht neuen mehrtäg. usw. ussige Aus-jeden Post. gel. Muster. in Waren aller-heim, J., led., sucht zusätzl. Unterkr. m. hausfrau. Beireuung 100-120 DM. Kilangeb.

MONDAMIN
Erzeugnisse
in altbewährter Qualität
jetzt wieder in jedem Fachgeschäft!

Fordern Sie kostenlose Rezepte vom
MONDAMIN-BERATUNGSDIENST
Hamburg 1-Postfach 1000

Lichtspielhaus Bühl
 zeigt
 ab Freitag den 25. 11. 49 bis einschli. Donnerstag, den 1. 12. 1949:
 Marlene Dietrich
 Erotisch, erotisch, lachend, weinend, singend und verführerisch in
Das Haus der sieben Sünden
 Jugendverbot bis 16 Jahre!
 Spielzeiten: Freitag: 18.30 Uhr. Samstag: 16.15 und 18.30 Uhr. Sonntag: 15.00, 17.30 und 20.00 Uhr. Montag bis Donnerstag jeweils 20 Uhr.

Zentral-Theater Emmendingen
 Freitag — Montag
Das verlorene Gesicht
 Dienstag — Donnerstag
LOUIS PASTEUR
 Mittwoch 15.00 u. 19.00
GOLDFIEBER

Konstanz
jetzt
Merzhauserstr. 26

Dr. Oetker Backpulver Backin
 Ausreichend für 1/2 kg Mehl
 8 Pf.

wieder in gelber Packung überall erhältlich

Backrezepte von Dr. August Oetker Nahrungsmittelfabrik GmbH, Bielefeld